

Работа suerte Yaşam trabajo
Fırsatlar
шансы
3. Mai ■ Kongress „Meine Stadt - Unsere Stadt“ Hamburg
Bürgerhaus Wilhelmsburg
самостоятельность Girişimcilik
ЖИЗНЬ



GANZ HAMBURG IM BLICK!

Vielfalt erkennen. Potenziale nutzen. Perspektiven entwickeln.

Migrantenökonomie und Stadtteilentwicklung

Dokumentation 2007

Unternehmer ohne Grenzen e.V. (Hg.)



INHALT

- 2 **VORWORT** Birgit Schnieber-Jastram
- 3 **VORWORT** Markus Schreiber
- 4 **EINLEITUNG**
- 5 **KONGRESS**
- 7 **KOOPERATIONSPARTNER/INNEN**
- 8 **ERÖFFNUNG** Ertan Çelik
- 10 **IMPULSREFERAT 1** Prof. Dr.-Ing. M.A. Jörg Knieling
- 12 **IMPULSREFERAT 2** Uli Hellweg
- 14 **IMPULSREFERAT 3** Prof. Dr. Elçin Kürşat
- 16 **NETZWERK INTERKULTURELLE MEDIEN**
- 18 **WORKSHOP 1**
Mikrofinanzierung – ein wichtiges Instrument der Migrantenökonomie?
- 21 **WORKSHOP 2**
Junge MigrantInnen als Potenziale in der Stadtteilentwicklung?
- 25 **WORKSHOP 3**
Berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten – wo wollen wir hin?
- 28 **WORKSHOP 4**
Partizipation der MigrantInnen in den Stadtteilen Hamburgs
- 33 **WORKSHOP 5**
Migration und Gesundheit: Gesundheitsversorgung im Quartier
- 36 **PODIUMSDISKUSSION**
- 40 **HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN**
- 41 **AUSBLICK** Kazım Abacı



VORWORT Birgit Schnieber-Jastram

Zweite Bürgermeisterin
der Freien und Hansestadt Hamburg

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kongress „migration@work II“ wurde maßgeblich von Menschen mit Migrationshintergrund gestaltet und unter das Motto „Meine Stadt – Unsere Stadt“ gestellt. Man hört nicht alle Tage, dass Migranten nicht nur „meine Stadt“, sondern auch „unsere Stadt“ sagen. Mit dieser Aussage wird deutlich, welchen Weg wir alle gemeinsam in Hamburg gehen und gehen werden.

Das große Interesse an dem Kongress seitens der Verwaltung und Wirtschaft, von Migrantenselbstorganisationen und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Bereiche hat mich sehr beeindruckt. Es war eine Aufbruchstimmung spürbar mit dem Wunsch, gemeinsam neue Perspektiven für Menschen mit Migrationshintergrund zu entwickeln und ihnen eine erfolgreiche Teilhabe an Bildung, Ausbildung, Selbständigkeit und Beschäftigung zu ermöglichen.

Eindrucksvoll war auch der „Platz der UnternehmerInnen“. Es ist beachtlich, in wie vielen Branchen und mit welcher Nachhaltigkeit Unternehmen von Migranten gegründet werden. Sie bieten Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund an.

Dies ist lobend hervorzuheben, da insbesondere im Bereich der Ausbildung junger Menschen mit Migrationshintergrund Handlungsbedarf besteht. Ich begrüße es, dass während des Kongresses für diesen Bereich Handlungsempfehlungen ausgearbeitet wurden, schließlich soll jedem jungen Menschen eine Perspektive geboten werden.

Der Kongress „migration@work II“ hat zur Förderung des Dialogs aller Beteiligten beigetragen. Neue Ideen sind entwickelt worden und werden weiter verfolgt. So werden wir alle miteinander unsere Stadt Hamburg weiter voranbringen.

Ich bedanke mich herzlich bei Unternehmer ohne Grenzen e.V. für eine gelungene Veranstaltung und für die wertvolle Arbeit, die der Verein im Bereich Existenzgründung und -sicherung sowie bei der Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund leistet.

Ihre

Birgit Schnieber-Jastram



VORWORT Markus Schreiber

Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte

Liebe Leserinnen und Leser,

der Bezirk Hamburg-Mitte ist der Bezirk mit dem höchsten Anteil ausländischer Bevölkerung. 25,2% haben laut Statistikamt Nord (Stand 31.12.2005) keinen deutschen Pass. Wenn dann im nächsten Jahr Wilhelmsburg noch dazu kommt, steigt diese Zahl sogar auf 26,9%. (Im Vergleich: Durchschnitt für ganz Hamburg 14,9%.)

Doch der Anteil der Hamburger und Hamburgerinnen mit Migrationshintergrund liegt noch weit höher. Erstmals im Jahr 2005 wurden dazu Zahlen erhoben. Danach waren 466.000 Menschen – also gut ein Viertel der Hamburger Bevölkerung – diesem Personenkreis zuzuordnen, davon 219.000 mit deutscher Staatsangehörigkeit, wie z. B. Spätaussiedler, eingebürgerte Ausländer und jeweils deren Kinder oder Kinder aus binationalen Familien. In der Gruppe der unter 18-jährigen verfügt sogar fast die Hälfte – nämlich 45,8% – über einen Migrationshintergrund.

Bei solchen Zahlen wird schnell deutlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Zwar gibt es unter den Migranten eine große Gruppe, die Zugang zum Arbeitsmarkt gefunden hat. Aber

in der Regel ist heute ein Migrationshintergrund noch fast immer gleichzusetzen mit schlechteren Bedingungen für den Einstieg ins Erwerbsleben. Gemeinsames Ziel muss es daher sein, allen – speziell auch den jüngeren Migranten – die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen.

An dieser Stelle möchte ich den Initiatoren und allen Teilnehmern des Kongresses „migration@work II“ im Bürgerhaus Wilhelmsburg meinen Dank sagen.

Gerade in einem Bezirk wie Hamburg-Mitte sind wir darauf angewiesen, einen Prozess des Umdenkens in Gang zu setzen. Die Dinge regeln sich eben nicht von allein. Insofern verstehe ich den Kongress auch als eine Art Bestandsaufnahme, auf deren Basis nun gemeinsam wirkungsvolle und zukunftstaugliche Handlungskonzepte erstellt werden müssen.

Ihr Markus Schreiber



EINLEITUNG

Rund 15 Millionen der in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Fast 600.000 MigrantInnen sind selbständig und bieten ein enormes Beschäftigungspotenzial. Diese Zahlen zeigen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, was eine Diskussion über eine erfolgreiche Integration notwendig macht. Allerdings wird Integration in der öffentlichen Debatte oft als eine Forderung an MigrantInnen formuliert. Der Hamburger Integrationskongress zeigte jedoch, dass nur ein zielorientiertes, vernetztes und ganzheitliches Handeln aller Beteiligten – wie Senat, Behörden, Kammern, Migrantenselbstorganisationen, Medien sowie Bürgerinnen und Bürgern – eine erfolgreiche Integrationsperspektive für unsere Stadt bewirken kann. Die Partizipation von MigrantInnen an allen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem durch den Zugang zum Arbeitsmarkt und selbständiger Tätigkeit, ist dabei das Ziel.

Eine positive Entwicklung kann im regionalen Umfeld bewirkt werden, wenn MigrantInnen Eigenverantwortung übernehmen. Durch Eigenverantwortung und soziales Engagement können sie zur Stärkung des Gemeinwesens in den Stadtteilen beitragen. Hierfür gilt es Menschen

– mit und ohne Migrationshintergrund – sowie das regionale Umfeld zu sensibilisieren um Strukturen zu schaffen, die ein Fundament für eine ganzheitliche Integration möglich machen.

Der erste Kongress „migration@work“ im Jahr 2005 konnte bereits Impulse setzen. Viele während des Kongresses erarbeiteten Forderungen finden sich im Hamburger Integrationskonzept wieder. Menschen mit Migrationshintergrund sind in hohem Maße von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung betroffen. Erwerbstätige mit Migrationshintergrund sind vom Strukturwandel stärker betroffen als deutsche. Eine Integration in die Arbeitswelt, eine bessere Qualifizierung von MigrantInnen und Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen sind Schlüsselfaktoren für eine bessere Integration. Die wachsende Zahl Jugendlicher mit Migrationshintergrund, die in den nächsten Jahren neu auf den Arbeitsmarkt kommen, erfordert erhebliche gesellschaftspolitische Anstrengungen.

Schwerpunkt des diesjährigen Kongresses war die Stadtteil- und Quartiersentwicklung, da die Integration primär dort beginnt, wo die Menschen leben. Dabei spielt die Migrantenökonomie für die Nahversorgung in Quartieren eine entscheidende Rolle. Es wurde bereits erkannt, dass benachteiligte Stadtteile zu fördern sind. Aus diesem Grund wollen Institutionen und Behörden in den benachteiligten Stadtteilen präsent sein um die dort lebenden Menschen effektiv erreichen zu können. Die Diskussion über das Schlagwort „Integration“ an sich ist nicht mehr ausreichend. Auf dem Kongress „migration@work II“ sollten konkrete Handlungsvorschläge erarbeitet werden.

Deshalb wurde der Kongress unter dem Motto:

Meine Stadt – Unsere Stadt

und der Überschrift:

Vielfalt erkennen. Potenziale nutzen.

Perspektiven entwickeln.

durchgeführt.

KONGRESS

Mehr als 330 Gäste aus Verwaltung, Wirtschaft, Politik, Migrantenselbstorganisationen, Bildungs- und Integrationsträger sowie Bürgerinnen und Bürger nahmen am Kongress teil. Dieser Kongress war etwas Besonderes: Er wurde maßgeblich von MigrantInnen organisiert und gestaltet. Insbesondere ist es gelungen MigrantInnen und Migrantenselbstorganisationen für den Kongress zu gewinnen. Ein Blick auf die Liste der Kongress-TeilnehmerInnen bestätigt dies: jede/r zweite Teilnehmer/in hat ausländische Wurzeln.

Der Kongress wurde von Unternehmer ohne Grenzen e. V. in enger Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen und anderen Hamburger Akteuren, die in den Bereichen Migration und Integration, Bildung und Qualifizierung, Stadtteilentwicklung sowie dem Arbeitsmarkt aktiv sind, veranstaltet. Im Kongresssaal hatten KooperationspartnerInnen die Möglichkeit ihre Aktivitäten und Projekte zu präsentieren, sich auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Der Kongress „migration@work II“ fand im Stadtteil Wilhelmsburg statt. Wilhelmsburg ist der flächenmäßig größte Hamburger Stadtteil und hat die sechstgrößte Einwohnerzahl, wobei 22,6% der Bevölkerung jünger als 18 Jahre (Hamburger Durchschnitt: 15,9%) sind und der Ausländeranteil 34,2% (Hamburger Durchschnitt: 14,9%) beträgt.¹ Dies stellt die Stadtteilentwicklung vor neue Aufgaben. Daher bot Wilhelmsburg einen passenden Tagungsort um die Bedingungen von Arbeit, Leben, Bildung und Selbständigkeit in der Hamburger Einwanderungsgesellschaft zu reflektieren und konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Wie ernst die Themen Integration und Stadtteilentwicklung für Hamburg sind, zeigte die Teilnahme von Frau Birgit Schnieber-Jastram, der Zweiten Bürgermeisterin der Freien und Hanse-



stadt Hamburg, sowie Herrn Markus Schreiber, dem Bezirksamtsleiter Hamburg-Mitte, an dem Kongress.

Nach der Kongresseröffnung von Ertan Çelik, dem Vorstand des Vereins Unternehmer ohne Grenzen, wurden Ansprachen von Frau Schnieber-Jastram und Herrn Schreiber gehalten. Die Senatorin der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und Zweite Bürgermeisterin Frau Schnieber-Jastram lobte die Arbeit des Vereins: „Der Verein Unternehmer ohne Grenzen leistet seit sieben Jahren im Bereich Existenzgründung und -sicherung sowie bei der Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund einen wichtigen Beitrag. Der Kongress 'migration@work' zeigt, wie erfolgreich Integration sein kann. Bei der Veranstaltung ist eine Aufbruchstimmung spürbar mit dem gemeinsamen Wunsch, Perspektiven und Konzepte zu entwickeln um Menschen mit Migrationshintergrund eine erfolgreiche Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt zu ermöglichen.“ Herr Schreiber betonte die Wichtigkeit der Migrant*innenökonomie für die Nahversorgung in den Stadtteilen und sagte, dass dieser Kongress zeigt, dass MigrantInnen sich als Teil Hamburgs fühlen und aktiv im Dialog mit allen Akteuren die Zukunft unserer Stadt gestalten möchten.

KONGRESS

¹ Vgl. Statistikamt Nord, Stand: 2004



Anschließend wurden Impulsreferate zu Themen, die im Zusammenhang mit Migration und Stadtentwicklung stehen, gehalten. Im Vortrag von Prof. Dr.-Ing. M.A. Jörg Knieling, Leiter des Instituts für Stadtplanung und Regionalentwicklung an der HafenCity Universität Hamburg, ging es um die Frage, inwiefern Internationalisierung und Zuwanderung neue Chancen für Hamburg eröffnet und welche Strategien notwendig sind um diese zu nutzen. Einen Überblick über Aktivitäten der Internationalen Bauausstellung (IBA Hamburg) bot das Impulsreferat von Herr Uli Hellweg, dem Geschäftsführer der IBA Hamburg GmbH. Der Stadtteil Wilhelmsburg bildet den Rahmen und den Ausgangspunkt für die Aktivitäten der IBA Hamburg. Somit spiegelte dieser Beitrag das Motto des Kongresses „Meine Stadt – Unsere Stadt“ wieder. Anschließend wurden soziale Aspekte der Migration von Prof. Dr. Elçin Kürşat von dem Institut für Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Hannover erläutert. Sie schilderte den Weg und die Phasen, die MigrantInnen bei der Eingliederung in die Gesellschaft durchlaufen, bis aus der bei der Einreise „fremden“ Stadt allmählich „Meine Stadt – Unsere Stadt“ wird.

Im Rahmen des Kongresses haben fünf Workshops zu den Themenbereichen MigrantInnenöko-

nomie, junge MigrantInnen, berufliche Qualifizierung, Partizipation sowie Gesundheitsversorgung von MigrantInnen stattgefunden. Dort entstanden in Diskussion vieler ExpertInnen Handlungsempfehlungen zu den jeweiligen Bereichen. Nach Abschluss der Workshops flossen die Ergebnisse und die erarbeiteten Handlungsempfehlungen in die Podiumsdiskussion mit ein.

Während des Kongresses haben UnternehmerInnen verschiedener Nationalitäten und Branchen ihre Unternehmungen präsentiert. Dabei ging es primär darum, die Vielseitigkeit und wirtschaftliche Relevanz der MigrantInnenökonomie – vom Einzelhandel über Produzierendes Gewerbe und Sportschule bis zu Rechtsanwältinnen – zu verdeutlichen. Dies gelang insbesondere durch die Kombination einer Fotoausstellung und der gleichzeitigen Präsentation von Produkten und Dienstleistungen. Die Senatorin Schnieber-Jastram besichtigte den „Platz der UnternehmerInnen“ und sprach mit den AusstellerInnen über ihre Erfahrungen.

Ein von Unternehmer ohne Grenzen e.V. und der Kulturbehörde Hamburg ins Leben gerufenes Netzwerk von HerausgeberInnen interkultureller Medien in Hamburg präsentierte die Broschüre „Interkulturelle Medien in Hamburg“ und somit die Vielfalt des Hamburger Medienangebots.

Ein ansprechendes Musikprogramm, für das die Shibly Band sorgte, machte den Kongress zu einem vielschichtig informativen und unterhaltenden Ereignis.

KOOPERATIONSPARTNER/ INNEN

Der Kongress wurde von Unternehmer ohne Grenzen e.V. und der Entwicklungspartnerschaft NOBI in Kooperation mit folgenden Organisationen durchgeführt:

- Alevitisches Kulturzentrum Hamburg e.V.
- Arbeitsagentur Hamburg
- Arbeitslosen-Telefonhilfe e.V.
- ASK Hassenstein + Pfadt GmbH (Architektur Stadterneuerung Kommunale Planung)
- ATU e.V. (Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V.)
- basis & woge e.V.
- BQM (Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten)
- BI (Bürgerinitiative ausländ. Arbeitnehmer e.V.)
- Billenetz
- Bürgerhaus Wilhelmsburg
- DAKH e.V. (Deutsch-Aserbaidschanischer Kulturverein Hamburg e.V.)
- DDG e.V. (Arbeitsgemeinschaft Diabetes und Migranten e.V.)
- DGB (Arbeitsmarktpolitische Integration junger MigrantInnen)
- Diakonisches Werk Hamburg
- DPG e.V. (Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg e.V.)
- Entwicklungspartnerschaft NOBI
- Entwicklungspartnerschaft Zug um Zug
- Evers & Jung
- Handelskammer Hamburg
- Handwerkskammer Hamburg
- H.E.I. (Hamburger Initiative für Existenzgründungen und Innovationen)
- HVDaR (Hamburger Verein der Deutschen aus Russland e.V.)
- iMiR (Institut für Migrations- und Rassismusforschung)



- INBAS GmbH, Jobstarter – Regionalbüro Nord
- Internationale Bauausstellung IBA Hamburg GmbH
- IKB e.V. (Interkulturelle Begegnungsstätte e.V.)
- Jobstarter/KAUSA (Koordinierungsstelle – Ausbildung in ausländischen Unternehmen)
- KULTURBRÜCKE HAMBURG e.V.
- Lawaetz-Stiftung
- MiMi-Gesundheitsprojekt des KIFAZ Schnelsen
- Mittelstandsförderinstitut/Innovationsstiftung Hamburg
- Netzwerk interkulturelle Medien Hamburg
- Rackow gGmbH
- Stattbau Hamburg (Stadtentwicklungsgesellschaft mbH)
- Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.
- TuTech Innovation GmbH
- UVNord (Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.)
- Wilhelmsburger Türkischer Elternbund e.V.

Für die Zusammenarbeit möchten wir uns bei allen Kooperationspartnern herzlich bedanken! Insbesondere gilt unsere Dank der Entwicklungspartnerschaft NOBI, GI Equal und TuTech Innovation GmbH für ihre Unterstützung.

KOOPERATIONSPARTNER/
INNEN

Veranstalter:



Unterstützer:





ERÖFFNUNG Ertan Çelik

Vorsitzender Unternehmer ohne Grenzen e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich erschienen sind. Das zeigt die Bedeutung des Themas für Politik, Wirtschaft, Verwaltung und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Hamburg.

Der Kongress findet zum zweiten Mal statt. Im Juni 2005 – fast vor zwei Jahren – haben wir uns hier – im Bürgerhaus Wilhelmsburg – getroffen. Wir haben über viele Fragen, Probleme aber auch Potenziale und Hoffnungen diskutiert und neue Handlungsempfehlungen ausformuliert, wie z.B.:

- Interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes
- Sensibilisierung der Behörden und Erweiterung der Beratungsangebote in den Stadtteilen
- Schutz vor Ausgrenzung und Diskriminierung
- An die Fähigkeiten und individuelle Biografien von MigrantInnen angepasste Qualifizierungsmaßnahmen
- Zielgruppenorientierte Sprachförderung
- Diversity-Ansatz

Viele dieser Forderungen finden sich im Hamburger Integrationskonzept wieder. Man darf sich darauf nicht ausruhen. Es stehen noch viele Aufgaben und Herausforderungen vor uns. MigrantInnen sind immer noch stärker von der Arbeitslosigkeit bedroht, ihre Qualifikation ist geringer. Ein neues Problem bereiten jugendliche Migran-

tInnen, die keinen Schulabschluss bzw. keinen Ausbildungsplatz haben. Auch die Gesundheitsversorgung – in so genannten benachteiligten Stadtteilen – muss verbessert werden. Die Politik hat diese Probleme bereits erkannt. Die Maßnahmen müssen gemeinsam mit allen Akteuren entwickelt werden.

Man darf MigrantInnen aus diesem Prozess nicht ausschließen. Aber ich weiß, wie schwer es ist, sie zu aktivieren! Ich erinnere mich noch, wie wir vor sieben Jahren den Verein gründeten. Auch für uns war es nicht einfach, Mitglieder zu finden. Wir wollten das Gründungspotenzial von MigrantInnen stärken, in dem wir:

- den ExistenzgründerInnen und UnternehmerInnen Beratung und Begleitung anbieten,
- Ausbildungs- und Arbeitspotenzial migrantischer Unternehmen aktivieren,
- Behörden und Institutionen für die Belange von MigrantInnen sensibilisieren,
- Kooperationen, Zusammenarbeit in Netzwerken und regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit regionalen, nationalen und internationalen Organisationen fördern.

Ich glaube, keiner hätte damals gedacht, wie groß die Nachfrage nach diesen Leistungen sein wird. Das Gründungszentrum von Unternehmer ohne Grenzen e.V. hat allein im Jahr 2006 über 700

MigrantInnen über Existenzgründung in Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch, Spanisch und Persisch informiert und beraten.

Meine Damen und Herren, nicht nur im Bereich Existenzgründung ist ein besonderes Beratungsangebot nötig. Migrantenökonomie spielt in den Stadtteilen eine immer wichtigere Rolle, weil sie die Versorgung der Stadtteile übernimmt. Deshalb ist die Beratung von bestehenden Betrieben migrantischer UnternehmerInnen sehr wichtig. Das zeigen unsere Erfahrungen aus der Arbeit der Dienstleistungsagentur (DLA). Und zwar mit Erfolg: Das Projekt „Ethnische Ökonomie als stabilisierender Faktor in benachteiligten Quartieren“ auf der Veddel wurde im Jahr 2006 mit einem Anerkennungspreis vom Hamburger Integrationsbeirat ausgezeichnet.

Die DLA ist in der Entwicklungspartnerschaft NOBI (Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten) angesiedelt. Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL haben sich unter dem Dach NOBI zwölf Bildungseinrichtungen, Migranten- und Wohlfahrtsverbände aus Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein zusammengeschlossen und verfolgen dabei das Ziel die MigrantInnen zu qualifizieren und gleichberechtigt in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wenn auch Migrantenökonomie und ihre Bedeutung für die Nahversorgung bereits erkannt wurde, werden ihre Potentiale für den Arbeitsmarkt und Beschäftigung noch übersehen. Deshalb ist die Sicherung von Arbeitsplätzen in migrantischen Betrieben, die DLA durchführt, zu erwähnen. Die Qualifizierungsmaßnahmen sind einmalig, weil sie an Beschäftigte ohne Ausbildung – berufsbegleitend – gerichtet sind und deren Arbeitsplätze sichern.

Aber warum erzähle ich das? Das alles wäre ohne Kooperationen mit anderen Akteuren und der Netzwerkarbeit nicht möglich. Deshalb freue ich mich besonders, dass wir auch für diesen Kon-

gress über 40 Kooperationspartner – noch mehr als beim letzten Kongress – gewinnen konnten. An dieser Stelle möchte ich mich – im Namen des Vereins Unternehmer ohne Grenzen – bei unseren Kooperationspartnern für ihre Unterstützung bedanken. Insbesondere bedanke ich mich bei der Entwicklungspartnerschaft NOBI, ohne die die Vorbereitung, Umsetzung und Durchführung des Kongresses nicht möglich wäre. Mein Dank gilt auch unserem Gastgeber – der Stiftung Bürgerhaus Wilhelmsburg. Eine große Anerkennung möchte ich allen MitarbeiterInnen von Unternehmer ohne Grenzen e.V. für ihr Engagement aussprechen.

Meine Damen und Herren, eine erfolgreiche Integration kann nur gemeinsam gelingen. Dies beinhaltet auch die Partizipation von MigrantInnen. Man muss selbstkritisch mit sich selbst sein und zugestehen, dass MigrantInnen sich noch nicht genug an den Prozessen beteiligen. Es bestehen teilweise parallele Strukturen. Integration hat jedoch eine Forderung an die beiden Seiten: an die der Mehrheitsgesellschaft und an die der MigrantInnen. Das bedeutet ein großes Maß an Toleranz – und zwar von beiden Seiten. Das möchte ich im Hinblick auf die Medienberichte vor einiger Zeit betonen. Respekt und Toleranz anderen Lebensweisen, Religionen, Weltanschauungen gegenüber ist die Grundlage für ein Zusammenleben. Deshalb ist Dialog und Selbstreflektion von beiden Seiten sehr wichtig.

Wir – Migrantinnen und Migranten – sind gerne in Hamburg. Integration beginnt dort, wo die Menschen leben – in den Stadtteilen. Die Stadtteile, wo die Mehrheit der MigrantInnen wohnt, stehen vor besonderen Herausforderungen. Deshalb das Motto des Kongresses in diesem Jahr: „Meine Stadt – Unsere Stadt“. Mit diesem Motto möchte ich den Kongress eröffnen und das Wort weiterreichen an Frau Kuchenbecker, die die heutige Veranstaltung moderieren wird.



IMPULSREFERAT 1

Prof. Dr.-Ing. M.A. Jörg Knieling

HafenCity Universität Hamburg
Department Stadtplanung,
Institut für Stadt-, Regional-
und Umweltplanung

Internationalisierung und Zuwanderung – eine Chance für Hamburg

Internationalisierung und Standortwettbewerb

Im Rahmen der Globalisierung nehmen die internationalen Ströme von Gütern, Kapital, Informationen und Menschen zu. Großstädte und Metropolen wie Hamburg geraten dadurch zunehmend in eine weltweite Standortkonkurrenz. Für sie stellt sich deshalb die Frage, wie sie sich in dem veränderten globalen Städtesystem behaupten können. Wie können sie zu einem erfolgreichen Knotenpunkt in einem globalen Netzwerk werden?

Viele Städte suchen deshalb nach neuen Strategien und Instrumenten. Eine Strategie ist die Internationalisierung. In Hamburg zeigt sich dies in verschiedenen Aktivitäten:

- Das politische Leitbild „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg beinhaltet 2002 die Zielsetzung, eine Internationalisierungsstrategie zu erarbeiten. Sie liegt inzwischen als Senatsdrucksache vor. Das Leitbild wurde außerdem durch die Leitlinie „Internationale Attraktivität“ konkretisiert.
- In der Folge erarbeitete auch die Metropolregion Hamburg eine Internationalisierungsstrategie für Stadt und Umland.

- Im April 2007 legte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt den Entwurf für ein Räumliches Leitbild für Hamburg vor, das die Internationalisierung in Projekten des Städtebaus und der Stadtentwicklung konkretisiert.

Bei diesen Aktivitäten fällt auf, dass sie in erster Linie darauf zielen weltweit für Hamburg und die Metropolregion zu werben. Großveranstaltungen, wie die Olympischen Spiele oder Weltmeisterschaften, und städtebauliche Großprojekte, etwa die HafenCity oder die Elbphilharmonie, sollen die internationale Aufmerksamkeit auf Hamburg lenken. – Diese Strategie hat sicherlich eine Berechtigung, wenn auch im jeweiligen Einzelfall über Aufwand und Ertrag zu diskutieren ist.

Gleichzeitig stellt sich aber die Frage, ob das Metropolmarketing nicht nur eine Seite der Internationalisierungs-Medaille ist? Kann die Internationalisierung an Wirkungskraft gewinnen, wenn sie auch dort ansetzt, wo Internationalität in Hamburg bereits vorhanden ist, also bei der Hamburger Bevölkerung mit Migrationshintergrund?

Thesen zu Internationalisierung und Migration

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung werden folgende Thesen zur Diskussion gestellt:

Internationalität als Standortvorteil:

Die Internationalität der Stadtgesellschaft ist für Metropolen, die sich im globalen Wettbewerb behaupten wollen, ein Standortvorteil. Bewohnerinnen und Bewohner mit Migrationshintergrund können für die Stadt wichtige Funktionen im Rahmen der Internationalisierung erfüllen, z. B. als „globale Netzwerker“ und „Botschafter in die Welt“, als Kenner ferner Kulturen oder als Vermittler bei Sprachbarrieren. Sie können auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Innovationen nach Hamburg tragen. – Hamburg muss diese Potenziale jedoch zunächst wahrnehmen und sie wertschätzen! (dagegen sehen sich MigrantInnen bisher in Medien und Öffentlichkeit eher einer pauschalen Geringschätzung ausgesetzt)

Internationalität als Alltagskultur:

Damit Internationalität nach außen hin glaubwürdig kommuniziert werden kann, ist ein Mentalitätswechsel nötig: Hamburg sollte sich als offene Stadt verstehen, in der für deutsche wie ausländische Kulturen – bei allen Schwierigkeiten, die das Zusammenleben mit sich bringen kann – gleichberechtigt Platz ist. – Internationalität sollte deshalb zu einer Alltagskultur werden, die im öffentlichen Raum, in den Stadtteilen und Quartieren, in Betrieben, Behörden, Schulen und Hochschulen gleichermaßen gelebt wird! (dagegen sind bisher eher Benachteiligungen und Ausgrenzung die Regel)

Lebensqualität braucht Arbeitsqualität:

Damit Hamburg sowohl für hochqualifizierte ZuwanderInnen als auch für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu ihrem Lebensort werden kann, ist eine Perspektive nötig, dass sie hier dauerhaft einen attraktiven Arbeitsplatz finden können. – Ein wichtiges Handlungsfeld ist dabei sicherlich das Bundesrecht. Aber auch in Hamburg gibt es zahlreiche Ansatzpunkte um entsprechende Arbeitsplätze zu schaffen und vor allem um bestehende qualifizierte Arbeitsplätze –

in Behörden und Betrieben – für MigrantInnen zugänglich zu machen! (dagegen müssen sich bisher viele qualifizierte ZuwandererInnen mit gering qualifizierten Arbeitsplätzen zufriedengeben und viele StudentInnen haben keine Perspektive nach dem Studium in Deutschland zu bleiben)

Zuwanderung als Zukunftschance:

Durch den demographischen Wandel kommt es bereits heute in einzelnen Regionen und Branchen dazu, dass Facharbeitskräfte fehlen. Inzwischen stammt ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen aus Familien mit Migrationshintergrund. Sie bieten eine Zukunftschance für Deutschland. Dies kann aber nur gelingen, wenn die Jugendlichen Schulabschlüsse erreichen, sich weiter qualifizieren und ggf. studieren können. – Im vorschulischen Bereich, in den Schulen und Hochschulen etc. liegen Handlungsfelder, damit Hamburg das Potenzial der Zuwanderung ausschöpfen kann! (dagegen zeigen die Statistiken, dass die Berufsaussichten junger MigrantInnen deutlich schlechter sind als die ihrer deutschen MitschülerInnen)

Lesbarkeit der Internationalität in Hamburg:

In einer internationalen Stadt sollte Internationalität sichtbar sein: Straßenzüge oder Ansammlungen von Restaurants und Geschäften könnten gezielt ausgewiesen werden, wie es beispielsweise im Portugiesischen Viertel in Hamburg bereits der Fall ist. Dies macht neugierig, schafft „Adressen“, bietet Kontaktmöglichkeiten und zeigt die internationale Vielfalt der Stadt. – Das räumliche Leitbild der Hamburger Stadtentwicklung sollte diese kleinräumigen Ausprägungen von Internationalität einbeziehen!

Materialien aus der Forschung

Jacob, Patricia; Knieling, Jörg 2007: Migration and Urban Planning – Potentials of Migration for Cities and Recommendations for Urban Planning, Hamburg (in Bearbeitung)

Knieling, Jörg 2004: Big Projects, Festivalisation and Visions as Strategies of Urban Planning in Global Times – Case Study Metropolis Hamburg. In: Eckard, F.; Kreisl, P. (Hg.), City Images and Urban Regeneration, S. 169–188, Frankfurt a.M.

Knieling, Jörg 2006: In welcher Liga spielen wir? Die elf deutschen Metropolregionen im Vergleich. In: Magazin der Metropolregion Hamburg, H. 3, S. 56–57



IMPULSREFERAT 2

Uli Hellweg

Geschäftsführer IBA Hamburg GmbH

Ausgangspunkte

- Die IBA Hamburg ist die erste Internationale Bauausstellung, die sich mit dem „Zukunftsbild der Metropole“ auseinandersetzt. Sie hat den Anspruch richtungsweisende Projekte für die internationale Stadtgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu entwerfen und zu realisieren.
- Der Stadtteil Wilhelmsburg bildet den Rahmen und den Ausgangspunkt für die Aktivitäten der IBA. Er ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, d.h. unterschiedlicher Herkunft, Nationalität, Kultur und Religion.
- Wilhelmsburg ist ein Stadtteil mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen. Der Anteil von Jugendlichen ist um 50% höher als in Hamburg allgemein. Insbesondere die Ausbildungssituation und die Berufschancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind z.T. schlecht.
- Mittelständische Bevölkerungsschichten – deutsche wie ausländische – verlassen z.T. den Stadtteil. Andererseits sind – vor allem im Osten Wilhelmsburgs – Tendenzen der Herausbildung eines migrantischen Mittelstandes (z. B. im Einfamilienhausbau) zu erkennen.
- Arbeitslosigkeit und allgemeinwirtschaftliche Probleme haben in den letzten Jahren unter der

migrantischen Bevölkerung vermehrt zum Aufbau kleiner Betriebe – vor allem im Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen – geführt. Ihre Bedeutung für die Versorgung der Wilhelmsburger Bevölkerung, insbesondere auch der Landsleute der Betriebsinhaber, ist wesentlich gestiegen.

- Die Bedeutung von Betriebsgründungen von MigrantInnen scheint in Wilhelmsburg deutlich größer zu sein als die von Deutschen. Über die Umstände der Betriebsgründungen, die Finanzierung, die Businesspläne und Erfolgsaussichten etc. ist wenig bekannt.
- Das Stadtbild Wilhelmsburgs – vor allem im Bereich des Reiherstiegs – und der Veddel sind durch migrantische Betriebe stark geprägt. Allerdings überwiegen z.T. einseitige und wenig wertschöpfende Einzelhandelsbetriebe (Gastronomien, Videotheken, Telefon- und Internetshops etc.). Anders als in anderen Stadtteilen, insbesondere in den Szenevierteln, wird die Dominanz der migrantischen Betriebe von der deutschen Bevölkerung nicht immer positiv bewertet.
- Bezüglich der Förderung der Ausbildungs- und Berufschancen von Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund entstanden in den letzten Jahren richtungsweisende Initiativen und Pro-

jekte, die im Rahmen der IBA unterstützt und ausgebaut werden sollen.

- Die Entwicklungspotentiale und -chancen migrantischer Ökonomie sind für Wilhelmsburg und die Veddel noch nicht systematisch untersucht worden. Entsprechend fehlt es an stadtteilorientierten Entwicklungsstrategien und -konzepten.

Handlungsfelder der IBA Hamburg

- Die IBA Hamburg sieht in der Unterstützung von Initiativen und Infrastrukturen einer migrantischen Wirtschaft in Wilhelmsburg und der Veddel einen Schwerpunkt im Rahmen ihres Themenfeldes „Internationale Stadtgesellschaft“. Um Klarheit über die Voraussetzungen und Bedingungen migrantischer Betriebe und ökonomischer Netzwerke zu erlangen wird die IBA noch im Jahr 2007 eine umfassende Analyse der vorhandenen migrantischen Wirtschaftsstrukturen in Wilhelmsburg und auf der Veddel durchführen.
- Auf der Grundlage der Bestandserfassung und -analyse sollen mit vorhandenen Organisationen und Initiativen Ziele, Strategien und Erfolgskriterien für ethnische Ökonomien in Wilhelmsburg/Veddel entwickelt werden.
- Ein wesentlicher Schwerpunkt der IBA ist die Unterstützung der Bildungsoffensive, die ein vielfältiges Netzwerk von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Bildungschancen – insbesondere auch für Jugendliche mit migrantischem Hintergrund – umfasst. In diesem Kontext wird der Aspekt der beruflichen Qualifizierung von Jugendlichen und des verbesserten Zugangs zu Ausbildungsstellen an Bedeutung gewinnen. Die Kooperation mit örtlichen Betrieben und Unternehmen soll ausgebaut werden.
- Die IBA Hamburg hat sich eine ausgeprägte Bürgerbeteiligung zum Ziel gesetzt. Die VertreterInnen der lokalen migrantischen Ökonomie sollten stärker in die Beteiligungsprozesse der IBA (z.B. Bürgerbeteiligungsgremium) einbezogen werden. Interessenvereinigungen und Verbände der migrantischen Betriebe sowie maß-

gebliche Unternehmen sollten ermutigt werden, der IBA-Konvention beizutreten.

- Die Metropole der Zukunft wird eine (multi)kulturelle sein. Ein Schwerpunkt der IBA wird daher – nicht nur in 2007 – die Förderung kultureller und kreativer Initiativen und Projekte im Stadtteil sein. Kulturelle Vielfalt soll zur Stärke und zum Markenzeichen Wilhelmsburgs werden. Kultur – auch migrantische – wird zunehmend zu einem wirtschaftlichen Standortfaktor. Es wird also zu prüfen sein, wie kulturell orientierte Betriebe und Dienstleistungen verstärkt gefördert werden können.





IMPULSREFERAT 3

Prof. Dr. Elçin Kürşat (Bildmitte)

Universität Hannover: Institut für Soziologie und Sozialpsychologie;
Izmir University of Economics (IUE): Department of Business Administration & Graduate School of Social Sciences

Zusammenfassung

Der Übergang vom Gebrauch der Terminologie und des Paradigmas Assimilation zur Integration in der Migrationsforschung sowie Einwanderungspolitik in den 80er Jahren ist als eine Zivilisierung der Perspektive zu deuten: Die Eingliederung der Migratinnen und Migranten wird zunehmend als eine „sowohl als auch“ der beiden kulturellen und gesellschaftlichen Zugehörigkeiten aufgefasst, anstatt der autoritären Sichtweise der „Assimilation“, die ein Bekenntnis „entweder zu einer oder“ zur anderen Identität verlangt.

Der Zugang des US-amerikanischen Assimilationsmodells der Chicago-Schule in die deutschsprachige Literatur erfolgte durch Hartmut Esser, der einen vierphasigen Eingliederungsprozess propagierte:

- 1) kognitive Assimilation,
- 2) strukturelle Assimilation,
- 3) soziale Assimilation,
- 4) identifikative Assimilation.

Der Spracherwerb und die erworbenen Kenntnisse über die Immigrationsgesellschaft vor der Einreise (kognitive Assimilation) erleichtern nach den bisherigen Erfahrungen die Eingliederung beträchtlich; eine Leistung bzw. Pflicht, die von beiden Staaten nicht erfüllt wurde. Der Zugang zu Aufstiegskanälen der Mehrheitsgesellschaft, d. h. die Partizipation an gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung, Erwerbsarbeit, politischer Willensbildung etc. (strukturelle Assimilation) bildet die Bedingung für die soziale Eingliederung – die gesellschaftliche Akzeptanz und die Aufnahme in freiwillige Beziehungen. Diese zwischenmenschlichen Beziehungen konstituieren wiederum die Voraussetzung für die langsame Entwicklung einer emotionalen Bindung der Einwanderer an die Aufnahmegesellschaft, ihre Identifikation mit ihr.

Essers Modell liefert zwar eine wertvolle Einsicht in die gesellschaftliche Eingliederung der ZuwandererInnen, vernachlässigt jedoch den psychischen Prozess des „Heimischwerdens in der Fremde“.

Das psychologische Phasenmodell erkennt drei Stufen:

- 1) Desorientierung,
- 2) Dekompensation bzw. Desorganisation,
- 3) Reorganisation.

Die anfängliche Desorientierung der Migrantinnen und Migranten ist auf vier gleichzeitig ablaufende große psychische Belastungen zurückzuführen:

- 1) Massive Trauer um unzählige Verluste durch Trennungen,
- 2) Ein Zustand von Trauma durch einen Übermaß an äußeren Reizen, d.h. durch Lernanforderungen in allen Lebenssphären,
- 3) Tadel seitens der Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft: Selbstwertverlust durch Stigma- und Diskriminierungserfahrungen,
- 4) Erwartete Tüchtigkeit der Zuwanderer, die stets fleißig, beugsam und leistungsbereit sein sollen.

(4 T's der psychischen Dimension der Integration)

Die Phase der Dekompensation, der Zurückgezogenheit und Vergangenheitszuwendung mündet langsam in die Phase der Reorganisation durch die Entstehung von neuen Identifikationen, Bindungen und Beziehungen. Dazu gehört auch die Betrachtung der einst bei der Einreise „fremden“ Stadt (Wohnort) allmählich als „Meine Stadt - Unsere Stadt“.





NETZWERK INTERKULTURELLE MEDIEN

Afghan Magazin | African Heritage | Anonse | Ayna 365
Barge Sabz (Grüne Blätter) | Bei uns in Hamburg (У
НАС В ГАМБУРГЕ) | Brazine | Diplomatic Facts | Durga-
Puja-Fest | Enlace | Güncel | Hamburg Türkisches Bran-
chenbuch (Hamburg Esnaf ve Kurumlar Rehberi) | Ham-
burg & Wir (ГАМБУРГ И МЫ) | Hamburger China-Nach-
richten | Jossour | Kurier | Nordwind | Nowy Kurier | Ojal
(Knopfloch) | Parallel | Partner (ПАРТНЕР-) Nord | Por-
tugal-Post | Post | Das Russische Branchenbuch (СПРА-
ВОЧНИК) | Solatino | Die Stimme | Todo para Todos
(Alles für Alle) | türkisches Adressbuch (Bilgi Branş ve
Kurumlar Rehberi) | Vitrin | Weisses Kleid

Über 30 interkulturelle Medien in 15 Sprachen

Fast ein Drittel der in Hamburg lebenden BürgerInnen hat einen Migrationshintergrund. Viele HamburgerInnen vermissen authentische Informationen über das interkulturelle Leben in der Stadt. Aber nur wenige wissen: Es gibt über 30 interkulturelle Magazine in 15 Sprachen, die über interkulturelle Themen berichten und somit Sprachrohr und Multiplikator für mehr als 220.000 Hamburger sind. Doch wo und wie sind die Magazine zu bekommen? Und was steht darin? Darüber gibt die Broschüre „Interkulturelle Medien in Hamburg“ Auskunft.

Die Dienstleistungsagentur (DLA) von Unternehmer ohne Grenzen e.V. und die Kulturbehörde Hamburg haben das Netzwerk „Interkulturelle Medien in Hamburg“ ins Leben gerufen. Das erste Treffen des Forums fand im November 2004 im Stadtteilbüro St. Pauli statt. Seitdem trafen sich die TeilnehmerInnen des Netzwerkes zuerst vierteljährlich, dann monatlich im Stadtteilbüro St. Pauli auf Einladung von Unternehmer ohne Grenzen e.V.. Gemeinsam wurde eine Broschüre entwickelt, die interkulturelle Magazine vorstellt

und somit über die Medienvielfalt Hamburgs informiert. Dabei spielt das Engagement von Inka Manthey von der Kulturbehörde eine wichtige Rolle. Sie betreut dieses Forum und steht als Ansprechpartnerin der Kulturbehörde für interkulturelle Belange zur Verfügung und bietet – gerade den Kulturschaffenden mit ausländischen Wurzeln – eine gemeinsame Plattform für den Austausch.

Ziele der Magazinmacher,

die sich herauskristallisiert haben und weiter wichtig für die Arbeit des Netzwerkes sind:

„zusammen sind wir stark“ > die gemeinsame Auflage beträgt mehr als 220.000 Exemplare

„wir gehören hier her“ > Brücken bauen zwischen Zugereisten und HamburgerInnen, Sprachrohr für 30% der Hamburger Bevölkerung

„wir wollen unsere kulturellen Werte erhalten und mitteilen“ > Informations- und Kontaktpool zu allen Weltteilen hier vor Ort zu sein



„Muttersprachen auch in der Ferne pflegen“

➤ Mehrsprachigkeit ist die beste Vorbereitung unserer Kinder und jeder Gesellschaft in einer zusammenwachsenden Welt

„wir kennen unsere Landsleute und ihre Mentalität“ ➤ MultiplikatorInnen für Menschen mit Migrationshintergrund

Austausch unter Zeitungs- und Zeitschriftenmachern zur Optimierung der Produktionskosten (Layout, Druck, Auflage, Honorare) und einer professionelleren Vermarktung (Sponsoren, Anzeigenpreise, Akquise, Werbung, Vertrieb)

Gemeinsame Aktivitäten

Mai 2005: Infotisch „Interkulturelle Magazine in Hamburg“ im Völkerkundemuseum während der „Langen Nacht der Museen“

Juni 2005: Infotische und Mediaworkshop „Interkulturelle Magazine“ beim Kongress „migration@work“

September 2006: Pressetermin mit Vorstellung der gemeinsamen Broschüre „Interkulturelle Medien in Hamburg“

Mai 2007: Teilnahme am Kongress „migration@work II“ und Vorstellung der Broschüre „Interkulturelle Medien in Hamburg“

Im Rahmen des Kongresses wurde das Netzwerk vorgestellt. Im Foyer fand eine Ausstellung statt. Interessierte konnten sich Broschüren und zahlreiche Ausgaben der interkulturellen Presse ansehen, Gespräche mit HerausgeberInnen führen und neue Kontakte knüpfen.

Das Netzwerktreffen findet ein Mal monatlich bei Unternehmer ohne Grenzen e.V. (Stadteilbüro St. Pauli, Neuer Kamp 30, 20357 Hamburg) statt. Dieses Treffen bietet eine Plattform zum Erfahrungsaustausch über das interkulturelle Leben der Stadt, Aktivitäten und Projekte. Es werden auch weitere gemeinsame Aktivitäten entwickelt. Geplant ist bspw. eine gemeinsame Anzeigenakquisition, da das Netzwerk bereits mehr als 220.000 MigrantInnen erreicht und von immer größerer Relevanz ist. Diese Zielgruppe wird vermehrt von der Wirtschaft im Zusammenhang mit Ethnomarketing erkannt. Mit einer Anzeige in den Interkulturellen Medien könnten viele potentielle KundInnen gezielt angesprochen werden. Auch für weitere Themen wie Gesundheitsvorsorge oder Partizipation könnte diese Möglichkeit der Ansprache von Interesse sein.

Alle HerausgeberInnen interkultureller Medien sind herzlich zu dem Netzwerktreffen eingeladen!



WORKSHOP 1

Leitung: Brit Tiedemann, Jean-Pierre Munyaneza (Unternehmer ohne Grenzen e.V.)

Moderation: Christiane Ram (Behörde für Wirtschaft und Arbeit)

Impulsreferate: Dagmar Hayen (Evers & Jung), Christophe Guene (Deutsches Mikrofinanz Institut), Stefan Krützfeld (team.arbeit.hamburg), Jean-Pierre Munyaneza (Unternehmer ohne Grenzen e.V.), Alois Walter (Behörde für Wirtschaft und Arbeit)

Mikrofinanzierung – ein wichtiges Instrument der Migrantenökonomie?

Im Rahmen dieses Workshops wurde der Frage nachgegangen, inwieweit Mikrofinanzierung ein wichtiges Instrument der Migrantenökonomie ist. Einleitend wurden Impulsreferate mit Beispielen und Erfahrungen aus Deutschland und Europa vorgetragen. In der anschließenden Diskussionsrunde wurde erörtert, inwieweit diese Beispiele in Hamburg umsetzbar sind.

Mit der nachfolgenden Dokumentation des Workshops „Mikrofinanzierung - ein wichtiges Instrument der Migrantenökonomie?“ wird das Ziel verfolgt, einen kurzen Überblick über den Gegenstand der Impulsreferate zu geben und wesentliche Diskussionsergebnisse sowie Handlungsempfehlungen darzulegen.

Frau Ram eröffnete den Workshop und bat Herrn Munyaneza um eine kurze Einführung in die Thematik „Migrantenökonomie“. Unter dem Begriff wird die selbstständige Tätigkeit von Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund und die abhängige Beschäftigung in diesen Betrieben verstanden. Herr Munyaneza skizzierte drei Modelle, die die Entwicklungen der Migrantenökonomie beschreiben (Nischenökonomie, Kul-

turmodell, Reaktionsmodell). In diesem Zusammenhang hob er hervor, dass die wirtschaftliche Bedeutung dieses „Zweigs“ seit den 80er Jahren deutlich zugenommen hat. Die Anzahl der Betriebe hat sich mehr als verdoppelt. Heute erwirtschaften etwa 280.000 Betriebe mit 600.000 bis 800.000 Beschäftigten einen Umsatz in Höhe von 41 Milliarden Euro pro Jahr.²

Frau Hayen stellte im Anschluss einige Ergebnisse der EU-Studie „Immigrant Participation in Microloan Programmes“ und des daran anknüpfenden, von Evers & Jung als deutschem Partner durchgeführten EU-Projekts „INTI - Making Strength Meet Demand“ vor. Anhand von Praxisbeispielen aus Spanien, Frankreich und Norwegen zeigte sie Unterschiede im Zugang von MigrantInnen zu Mikrofinanzierung und Anregungen zur Verbesserung auf. Ein wesentlicher Unterschied liegt in den Voraussetzungen und Modalitäten der Kreditvergabe. Während beispielsweise in Spanien ein tragfähiges Unternehmenskonzept die Entscheidungsgrundlage für einen Mikrokredit bildet, stehen in Frankreich die Unternehmerperson und die Fähigkeit zur Kreditrückzahlung im Vordergrund. In Nor-

² Nach dem Kongress wurden neue Zahlen veröffentlicht: ca. 582.000 MigrantInnen sind in Deutschland selbstständig (Anm. d. Red.)

wegen hingegen wird das Modell der Gruppenkredite favorisiert.

Verbesserungspotenziale und Diskussionsbedarf wurden von den Praxisprojekten in folgenden Bereichen gesehen:

- Stärkere Individualisierung der Beratung
- Hinterfragen der Bedeutung des Businessplans für die Kreditentscheidung
- Ausbau der Nachgründungsberatung
- Einbeziehung ehemaliger, erfolgreicher Kreditnehmer in die Arbeit (als TrainerInnen oder zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit)
- Kulturelle Unterschiede als Stärken betrachten (z. B. Flexibilität)
- Durchführung von interkulturellen Trainings für BeraterInnen und KreditbearbeiterInnen

Über ein aktuelles Pilotprojekt aus Dortmund berichtete Herr Guene. Dort liegt der Fokus bei der Vergabe von Mikrokrediten auf dem Sozialkapital des Kreditnehmers. Man versucht den Mehrwert der MigrantInnen, ihre Beziehungen zum Heimatland und zu anderen Netzwerken für den Kredit zu nutzen. Entscheidendes Kriterium für die Vergabe ist die Rückzahlungsfähigkeit. Ein Drittel des Kredits wird durch eine (ethnische) Gruppe garantiert. Bei Erstkrediten ist das erste Drittel zunächst durch eigenes Engagement im Sinne von Vorsparen aufzubringen. Die Herausforderung dieses Modells besteht darin, jegliche Formen des Sozialkapitals zu identifizieren und sie auf die Nutzbarkeit für den Kredit zu prüfen. An die Stelle des Businessplans tritt bei größeren Krediten gegebenenfalls ein einfacher Aktionsplan, aus dem die Verwendung des Geldes hervorgeht.

Herr Walter legte das Kleinstkreditprogramm der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in Grundzügen dar. Antragsberechtigt sind alle erwerbslosen oder von Erwerbslosigkeit bedrohten Personen mit Wohnsitz in Hamburg. Die Vergabe des Kredits ist eine Ermessensleistung und an ein tragfähiges Unternehmenskonzept gebunden.

Die Besonderheiten dieses Programms liegen im Verzicht auf das Hausbankprinzip und in der engen Verzahnung mit Beratungsleistungen. Im Rahmen der Vorgründungsberatung ist die Lawaetz-Stiftung eine zentrale Anlaufstelle. KreditnehmerInnen verpflichten sich außerdem zur Teilnahme an einer Nachgründungsberatung, die Evers & Jung in Form eines Telefoncoachings anbietet.

Über Unterstützungsmöglichkeiten für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II im Rahmen der Existenzgründung berichtete Herr Krützfeld. Neben den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und dem Einstiegsgeld können sonstige weitere Leistungen (SWL) beantragt werden. SWL können als zinsloses Darlehen gewährt werden für ein „Startkapital“, sofern der Gesamtkapitalbedarf für die notwendigen Investitionen den Betrag von 3.000 Euro nicht übersteigt. Über diesen Betrag hinaus sind vorrangig andere Finanzierungsmöglichkeiten in Betracht zu ziehen. Sollten diese nicht realisierbar sein, kann nach erneuter Prüfung durch die team.arbeit.hamburg auch ein größerer Kapitalbedarf als SWL-Darlehen bewilligt werden. Auf die Leistungen besteht jedoch kein Rechtsanspruch. Es handelt sich um so genannte „Ermessensleistungen“.





Im Mittelpunkt der nachfolgenden Diskussion standen vor allem die Kriterien für die Gewährung von Mikrokrediten. Insbesondere der Sinn und die Notwendigkeit des Business-Plans wurden aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Gegen den Business-Plan sprachen folgende Erfahrungen: Die Erstellung eines umfassenden, formalisierten Business-Plans passe nicht zur Kultur vieler MigrantInnen. Sie arrangierten sich „notgedrungen“ mit diesem Erfordernis, die innere Überzeugung fehle aber oftmals. Nach Auffassung von Herrn Guene sei der Business-Plan „einfach nur eine Geschichte“. Er sei zwar nicht in jedem Fall unwichtig, diene aber im Wesentlichen zur Legitimation der Verfahren gegenüber Behörden und sei keine Garantie für den Erfolg.

Andere sahen die Vorzüge des Business-Plans vor allem darin, dass die schriftliche Ausarbeitung die Ideen der Gründer, mögliche Widersprüche im Konzept und finanzielle Risiken zu Tage bringe. Relevant sei daher in erster Linie der (Reife-) Prozess an sich. Herr Jochen Kunz-Michel (Lawaetz-Stiftung) hob in diesem Zusammenhang hervor, dass ein wertschätzender Zugang zu den MigrantInnen entscheidend sei. Dies bedeute, dass man die Form und den Umfang des Business-Plans flexibel an die Gründerperson anpassen sollte, damit diese auch gegen-

über Banken überzeugend auftreten kann. Der Umfang sollte von der Komplexität des Vorhabens und der Höhe aufzunehmender Kredite abhängig gemacht werden. Von der Zielsetzung betrachtet sei zudem der Begriff „Geschäftskonzept“ weitaus passender als „Business-Plan“.

Als ein Ergebnis dieser Diskussion kann festgehalten werden, dass die Wichtigkeit des Business-Plans von der Mehrzahl der TeilnehmerInnen nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Gleichzeitig zeichnete sich aber auch ein gewisses Unbehagen bzgl. der bisherigen Praxis ab und eine neue Sensibilität hinsichtlich der Bedeutung kultureller Unterschiede wurde spürbar.

Frau Ram und Frau Tiedemann (Unternehmer ohne Grenzen e.V.) leiteten aus den Diskussionsergebnissen abschließend folgende Handlungsempfehlungen ab:

1. Der Business-Plan sollte ein Instrument der intensiven Auseinandersetzung mit der Gründungsidee und der Umsetzung sein.
2. Es sollte eine Offenheit für ein gegenseitiges, unterschiedliches Gründungsverständnis bei Behörden, Beratungseinrichtungen und GründerInnen geschaffen werden.
3. Es sollte geprüft werden, inwieweit das Sozialkapital als Kriterium für die Vergabe von Mikrokrediten herangezogen werden kann.



WORKSHOP 2

Leitung: Lioubov Kuchenbecker
(Unternehmer ohne Grenzen e.V.)
Moderation: Irene Wolf und Jürgen Dege-Rüger
Impulsreferat Rüdiger Winter
(Billenetz, Arbeit und Leben Hamburg e.V.)
ExpertInnen: Hülya Eralp (BQM), Gottfried Eich
(Diakonisches Werk), Jürgen Dege-Rüger (Koordinierungsstelle Bildungsoffensive Elbinsel), Gabriele Schünemann (Jobstarter/INBAS), Beate Spyrou (ATU e.V.)

Junge MigrantInnen als Potenziale in der Stadtteilentwicklung?

In einem Impulsreferat gab Herr Winter einen Überblick über das Billenetz.

Hierunter werden die Stadtteile Billstedt, Horn, Hamm und Rothenburgsort mit ca. 148.000 EinwohnerInnen erfasst. Im Vergleich zum Hamburger Durchschnitt ist der MigrantInnenanteil im erfassten Bereich mit 21,1% deutlich höher. Der Anteil ausländischer SchülerInnen im Billenetz beträgt 32,2% (Hamburger Durchschnitt: 17,9%), wobei derer Anteil in Hamm bei 44,3% und in Rothenburgsort bei 49,5% liegt. Zahlreiche Projekte bemühen sich um Verbesserung der sozialen Integration, der Bildungschancen und des Übergangs Schule – Beruf.

Im weiteren Vortrag stellte Herr Winter Folgendes fest:

- Der Bildungserfolg von Migrantenkinder ist ein wichtiger Indikator für die soziale Integration einer Kommune;
- Das System Schule muss einen wirksamen Integrationsbeitrag leisten (Zugänge und Teilnahmechanen eröffnen);
- Eine gezielte Ausschöpfung des bis jetzt vom Schulsystem ungenutzten Qualifikationspotentials junger MigrantInnen ist unverzichtbar;

- Die Kommunen müssen entscheiden, wie das Bildungs- und Qualifikationspotential der bisher strukturell benachteiligten Kinder mit Migrationshintergrund durch einen geeigneten Umbau des Bildungsangebotes erschlossen werden kann;
- Die Kommune muss ein Interesse daran haben eigene sozialpolitische Prioritäten zu setzen, die auf die Vermeidung von Desintegration und deren Folgekosten zielen, die in ihrer Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe zu übernehmen sind;
- Die Schulentwicklungsplanung kann zum Kern kommunaler Zuständigkeiten gerechnet werden, der weit reichende Konsequenzen für die soziale Integration zugeschrieben werden muss.

Anschließend betont Herr Winter, dass die Verbesserung der sozialen Integration zentrales Leitziel der Stadtteilentwicklung sein müsse.

Diskussion

Im Wesentlichen verlief die Diskussion zu folgenden Themen:

- Schule und Eltern
- Bedeutung der frühkindlichen Erziehung zur



- Förderung der Potentiale Jugendlicher
- Übergang Schule – Beruf
 - Jugendliche als KulturmittlerInnen und MultiplikatorInnen
 - Rolle der Vorbilder

Die Schlüsselrolle von Schule und Eltern um Potenziale der Jugendlichen zu entdecken und zu fördern

Jugendliche müssen in erster Linie ihre Potenziale erkennen und lernen, diese zu nutzen. Dies sollte bereits in der Schule und im Elternhaus beginnen. Die Schule ist der wichtigste Ort für junge Menschen. Hier können auch Kleinkinder bereits aufgebaut werden. Gleichzeitig müssen migrantische Eltern, die das deutsche Schul- und Ausbildungssystem nicht kennen, aufgeklärt werden. Sie spielen eine Schlüsselrolle für die Berufswahl ihrer Kinder. Eine Einbindung der Familien muss stärker gefördert werden. LehrerInnen müssten freigestellt werden um Familien betreuen und besuchen zu können.

Eine Erkenntnis eigener Potenziale würde das Selbstbewusstsein der Jugendlichen stärken. Damit wäre die Chancengleichheit gefördert, was auch dem Stadtteil zugute käme. Es gibt viele Projekte, die den Jugendlichen grundlegende Fähigkeiten vermitteln. Diese Projekte sind wichtig, da es Jugendliche gibt, die trotz Haupt-

schulabschluss keinen Ausbildungsplatz finden. Eine frühzeitige Berufsorientierung ist daher wichtig.

Dem stimmt auch Frau Eralp (BQM) zu: „Es ist gut, dass die jungen MigrantInnen ihr Potenzial erkennen, aber es bedarf auch Personen, die sie dabei unterstützen.“ Vielen Jugendlichen ist bspw. nicht bewusst, dass ihre Zweisprachigkeit ein Vorteil ist. Die Mehrsprachigkeit muss gefördert werden.

Besonderer Handlungsbedarf besteht vor der Trennung zu den weiterführenden Schulen, hier muss rechtzeitig reagiert werden, damit es nicht zu einem Abdriften und zu Entmutigungen kommt.

Es wird berichtet, dass in Schulen Einiges angeboten wird (z. B. Projektunterricht, Praxistage). In der Herangehensweise der Schule wird ein Problem gesehen: Schule zensiert und zertifiziert. Für Fehler gibt es schlechte Zensuren, die mit schlechten Erfahrungen verbunden werden. „Aus Fehlern lernen“, damit geht die Schule nicht um. Schule bestraft, das heißt, dass wir keine Fehler machen dürfen. Jugendliche kennen daher ihre Noten und ihre Fehler, aber nicht ihr Potenzial. Andere pädagogische Ansätze werden gebraucht. Die Praxis zeigt bspw., dass Schulverweigerer, die in Jugendprojekte mit Praxiserfahrung gebracht werden, direkt „aufblühen“.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Ansprüche, die an die LehrerInnen gestellt werden, nicht erfüllt werden können. Herr Kelber-Bretz berichtet in diesem Zusammenhang über eine Klassenfahrt, für die die LehrerInnen – nach Vorgaben der Schulbehörde – selber zahlen müssen. Angesichts der formalen Schulform wie auch wegen der Raumgröße und Schülerzahl pro Klasse ist eine individuelle Förderung (bspw. bei 28 SchülerInnen) nicht möglich.

Frau Büchner erwähnt ihre Arbeit als russisch-

sprachige Vorsitzende des Vereins Asbuka und bemängelt, dass es zu wenig Räume für Unterricht gebe. Ihrer Erfahrung nach ist es nicht möglich in den Schulen nach 18 Uhr Räume zu bekommen. Die Nachfrage für Unterricht in verschiedenen Bereichen, bspw. Russisch oder Kunst, ist vorhanden, es könnte aber aufgrund der Raumsituation nicht umgesetzt werden. Die Schule muss ein Ort sein, an dem die Zeit sinnvoll verbracht werden kann, von Jugendlichen und deren Eltern. Ehrenamtliches Engagement wäre vorhanden, Eltern würden sich gerne für ihre Kinder engagieren.

Bedeutung der frühkindlichen Erziehung zur Förderung der Potenziale Jugendlicher

Es wurde betont, dass Schule ein zentraler Punkt ist, Integration aber bereits bei frühkindlicher Erziehung beginne und der Fokus nicht nur auf der Schule liegen kann. Schon in Kitas muss mit Vernetzung begonnen werden. Es wird über junge MigrantInnen und ihre Probleme gesprochen und diskutiert, dabei sollte man mit ihnen sprechen. Was wollen sie, was können sie. Und: Es geht um mehr als um eine Beteiligung. Es gibt zu wenig Modelle, in denen Vernetzungen so funktionieren, dass Potenziale wirklich erkannt und genutzt werden.

Gleichzeitig wäre es verhängnisvoll die Schulprobleme der jugendlichen MigrantInnen nur in der Pädagogik oder in der Struktur zu suchen. Jugendliche sind in erster Linie junge Erwachsene mit all den Problemen dieser Entwicklungsphase. Es bestehen Schwierigkeiten bei der Frühförderung z. B. darin, die jungen ausländischen Eltern zu überzeugen, dass ihr Kind rechtzeitig in den Kindergarten gehen sollte um richtig Deutsch lernen zu können. Auch für junge Mütter müsse etwas getan werden, sie sind teilweise durch die kulturellen Gegebenheiten nicht in der Lage ausreichend Deutsch zu lernen.

Im Zusammenhang mit dem Begriff „Potenziale“ werden mehrfach die interkulturellen Fähig-

keiten, die migrantische Jugendliche „von Haus aus“ besitzen, betont. Wichtig ist, dass bereits in der Vorschule oder in der frühkindlichen Erziehung in der Kita daran gearbeitet wird. ErzieherInnen und LehrerInnen benötigen dafür Handwerkszeug, müssen also dafür geschult werden. Die ErzieherInnen sollten qualitativer, d. h. eher auf Hochschulniveau ausgebildet werden.

Übergang Schule – Beruf

Das Thema „Übergang Schule – Beruf“ wird aus Sicht der Betriebe betrachtet. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich um individuelle Prozesse handelt. Die Erfahrung zeigt, dass die UnternehmerInnen in erster Linie nicht nach schulischer Ausbildung, sondern nach einem Grundqualifikationsniveau bzw. einer Struktur der Lebensbewältigung fragen. Diese Potenziale werden mit herkömmlichen Auswahlverfahren gar nicht entdeckt. Das Ziel ist nicht, explizit Jugendliche mit Migrationshintergrund zu integrieren, sondern den geeigneten Bewerber für das Unternehmen zu finden. Von Frau Wolf wird berichtet, dass die Frage der Einstellung migrantischer Jugendlicher in Unternehmen nicht von der Unternehmensgröße, sondern von der Unternehmenskultur abhängig ist. Der Migrationshintergrund sei nicht relevant. Eine weitere, wesentliche Rolle für die Einstellung wird in den Schlüsselqualifikationen, wie bspw. Pünktlichkeit, Anpassungsfähigkeit, Teamfähigkeit, die unabhängig von der Nationalität vorhanden sein müssen, gesehen.

Von einigen TeilnehmerInnen wurde ein großes Einsatzgebiet im Bereich der 1-Euro-Tätigkeiten als eine Alternative für unter 25-jährige gesehen. Hier gebe es die Möglichkeit, sich länger mit den Jugendlichen zu beschäftigen, weil es nicht ausreichend Ausbildungsplätze gäbe. Dagegen halten andere TeilnehmerInnen den Vorschlag gerade für Jugendliche für nicht akzeptabel. Eine Teilnehmerin betont, dass sich bereits richtige „Maßnahmenkarrieren“ entwickelt haben. Es seien die Mittel vorhanden, Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund eine Per-



spektive zu geben. Man müsse für den Übergang Schule – Beruf mehr tun, damit junge Menschen eine Ausbildung finden. Eine Berufsorientierung in den Schulen und in Familien muss frühzeitig erfolgen. Genauso wichtig wäre es Partnerschaften zwischen Schulen und lokalen Betrieben zu fördern.

Es wird über Diskriminierung junger MigrantInnen gesprochen. So werden junge, gut ausgebildete Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht eingestellt. In diesem Bereich müssen sich Politik und Wirtschaft mehr engagieren.

Jugendliche als KulturmittlerInnen und MultiplikatorInnen/Bedeutung der Vorbilder

Die Mehrsprachigkeit macht junge MigrantInnen zu Brückenbauern zur Elterngeneration – das ist ein wichtiges Potenzial, das es zu nutzen gilt. Das Potenzial der Jugendlichen als Mittler zwischen den Kulturen muss gefördert werden. Es seien mehr Projekte nötig um junge MigrantInnen als Multiplikatoren ausbilden zu können. Es müsse der rechtliche und strukturelle Rahmen vorhanden sein, so dürfen bspw. Flüchtlinge trotz guter Schulabschlüsse aufgrund ihres Status nicht arbeiten.

Ebenso wird auf die Bedeutung von Vorbildern für junge Menschen hingewiesen. Jugendliche

könnten dadurch motiviert werden. Eine Teilnehmerin berichtet, dass sie ihre eigene Geschichte als Vorbildfunktion sieht, insbesondere weil sie mit Jugendlichen zusammenarbeitet. Dass sie als Türkin es so weit geschafft hat, dient den Jugendlichen als Ansporn, es auch schaffen zu wollen.

Abschließend wird angeregt, nicht über MigrantInnen, AusländerInnen oder Zuwanderer zu reden, weil dies Menschen katalogisiert, sondern über Potenziale und die Erkennung der Vielfalt. Es geht um „Meine Stadt – Unsere Stadt“. Wenn wir über Probleme reden, sprechen wir in der Regel über soziale und strukturelle Probleme, von denen MigrantInnen eher betroffen sind.

Die Notwendigkeit von Netzwerken wird mehrfach betont. Hier werden weitere Entwicklungsmöglichkeiten, besonders für den Bereich Wilhelmsburg, gesehen. Verschiedene Projekte müssen zusammengebracht werden. Dazu müssen Unternehmen und junge MigrantInnen auf Veranstaltungen zusammengebracht werden und sich austauschen, mit dem Ziel feste Partnerschaften zu bilden. So ein Projekt hamburgweit zu etablieren würde Sinn machen.

Folgende Handlungsempfehlungen wurden abschließend aus den Diskussionsergebnissen abgeleitet:

1. Förderung der Mehrsprachigkeit
2. MigrantInnen zu KulturmittlerInnen und MultiplikatorInnen ausbilden
3. Feste Partnerschaften zwischen Betrieben, Bildungseinrichtungen, Eltern und Jugendlichen fördern
4. Beendigung von Warteschleifen und „Maßnahmenkarrieren“ beim Übergang „Schule – Beruf“



WORKSHOP 3

Leitung

Metin Harmanci

(Unternehmer ohne Grenzen e.V.)

Moderation

Latifa Kühn

(Politikwissenschaftlerin M.A., Referentin für interkulturelles Management)

Berufliche Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten – wo wollen wir hin?

Zu Beginn des Workshops wurde eine kleine Trainingseinheit durchgeführt, die zur Visualisierung von Zahlen und Verhältnissen beitragen sollte. Indem ein bestimmter, der Realität entsprechender Prozentsatz an TeilnehmerInnen für den Moment die Rolle etwa einer „in Hamburg lebenden Person unter 25 mit Migrationshintergrund“ einnahm und sich von den Stühlen erhob, erhielt die Gruppe ein Gefühl für den Anteil der in Hamburg lebenden Menschen mit Migrationshintergrund (27%), denen ein beruflicher Abschluss fehlt (41%) oder die erwerbstätig sind (37%). Im zweiten Teil des Workshops wurden zwei Migrantinnen im Hinblick auf ihre Erfahrungen mit Beratung und beruflicher Qualifizierung interviewt.

Frau Fatime Abdullahy stammt aus dem Iran und lebt seit dreieinhalb Jahren in Hamburg. Im Iran hatte sie 22 Jahre als Krankenschwester gearbeitet, dennoch wurde in Deutschland ihr Zeugnis nicht anerkannt. Somit war ihr der Zugang zum Arbeitsmarkt verschlossen, auch ein unbezahltes Praktikum wurde ihr verweigert. Innerhalb von elf Monaten lernte sie Deutsch sprechen und erhielt ein Zertifikat, was ihr inzwischen ei-

nen Ausbildungsplatz ermöglichte. Durch individuelle Beratung wurde Frau Abdullahy immer wieder motiviert, ihre Erfahrung mit Beratungsstellen ist also eine positive.

Frau Alejandra Bastidas aus Kolumbien lebt bereits seit sieben Jahren in Hamburg. Beratung hat Frau Bastidas in ihrer Zeit in Hamburg kaum wahrgenommen, bei einer Beratungsstelle für Mädchen fühlte sie sich nicht angesprochen, da die Zielgruppe wesentlich jünger war. Das Arbeitsamt hingegen meldete sich erst bei ihr, nachdem sie persönlich ihre Entscheidung bereits getroffen hatte. Aufgrund ihres kulturellen Hintergrunds, wo ein Studium sehr hoch angesehen ist, entschloss sie sich, Mediendokumentation an der Fachhochschule zu studieren. In der Endphase sorgt sie sich nun, ob die deutsche Sprache, die sie nicht ganz akzent- und fehlerfrei spricht, doch ein Hindernis für ihren beruflichen Erfolg sein könnte und ob es nicht zu viele AkademikerInnen in Deutschland gibt und eine praktische Ausbildung ihre Chancen auf eine Anstellung verbessert hätte. Vielleicht hätte eine ausführlichere Beratung über Möglichkeiten, Berufsbilder und Arbeitsmarktver-



hältnisse in Deutschland sie zu einer anderen Entscheidung bewegen. Dennoch sieht Frau Bastidas ihr Potenzial darin interkulturell arbeiten zu können.

Beide Frauen sind sehr positive Beispiele mit hoher Motivation und Engagement und zeigen, wie viel Eigeninitiative häufig nötig ist um in Deutschland als MigrantIn Fuß zu fassen.

Im dritten Teil des Workshops wurden in einer lebhaften Diskussion verschiedene Punkte angesprochen, wobei nicht nur Bedürfnisse und Schwachstellen formuliert, sondern auch Chancen und Potenziale aufgezeigt und mögliche mittel- und langfristige Handlungsempfehlungen gegeben werden sollten.

Besonders heiß wurde das Thema Sprache diskutiert. Vor allem im persönlichen Bereich wird Sprache oft als Einstiegshemmnis gesehen, was aber ein generelles Problem der deutschen Gesellschaft sein kann. In den letzten Jahren hat sich die Wertigkeit der Sprache für Berufs- und Ausbildungsmöglichkeiten durch die ökonomischen Verhältnisse in Deutschland stark verändert, da genügend Arbeitskräfte mit guten Deutschkenntnissen zur Verfügung stehen. Häufig wird Sprache daher unter dem Defizitgesichtspunkt gesehen und das Potential der Mehrsprachigkeit nicht beachtet. Doch gerade in einer globalisierten und internationalen Welt sollte dieses Potential gefördert werden, z.B. durch

professionelle Förderung zur Beherrschung der Muttersprachen oder Mehrsprachigkeit in Schulen. Aber auch auf behördlicher Seite besteht Bedarf an Mehrsprachigkeit um Informationen und Beratungen für Menschen ohne Deutschkenntnisse zugänglich zu machen. Hier werden Chancen für MigrantInnen gesehen, die im öffentlichen Dienst als DolmetscherInnen bzw. BeraterInnen in den jeweiligen Sprachen Arbeit finden könnten. Allerdings besteht gerade in Hamburg das Problem, dass der externe Arbeitsmarkt seit langem geschlossen ist, so dass hier die Politik gefragt ist, Möglichkeiten zur Neueinstellung zu schaffen.

Ein Schwachpunkt im Rahmen der Beratung, Berufsausbildung oder gar Existenzgründung für MigrantInnen ist fehlende Transparenz. Häufig ist der Zugang zu Informationen schwierig, ein erschöpfendes Strukturwissen über Angebote ist somit unmöglich. Selbst den Beratungsstellen fehlt der Überblick über sämtliche Fördermöglichkeiten, Studienangebote, Ausbildungsmöglichkeiten, Initiativen, Projekte, etc.. Weitverknüpfte Netzwerke böten gute Chancen, zum einen für Beratungsstellen selbst, die durch Kooperation voneinander lernen, wo Ergebnisse kurzfristiger Projekte integriert werden könnten und so die Vermittlung und Beratung erheblich effizienter würde. Hier müsste ein Ausbau dessen stattfinden, was bereits vorhanden ist (z. B. Hamburg plus, www.ichblickdurch.de). Für den einzelnen Migranten lieferte die Vernetzung von Behörden, Verbänden, Vereinen, etc. wesentlich bessere Möglichkeiten sich an zentraler Stelle umfassend zu informieren.

Hieran anknüpfend wurde der Bedarf gesehen, einen umfangreicheren Überblick über den Arbeitsmarkt, Berufsbilder, Anforderungen an den Einzelnen zu bieten, um so die eigenen Fähigkeiten der aktuellen Situation, z.B. des Arbeitsmarkts, anpassen zu können. Es wäre wünschenswert Schulstrukturen dahingehend zu ändern, dass der Übergang von Schule zum Beruf effektiver und nachhaltiger gestaltet wird. SchülerInnen haben häufig Probleme bei der

Berufsorientierung, während LehrerInnen mit dieser Aufgabe überfordert sind. Durch zusätzliches pädagogisches Personal, eine engere Einbindung der Eltern, aufsuchende Beratung oder praktische Erfahrung, die Berufsbilder näher bringen, könnten die heutigen Schulstrukturen erfolgreicher an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasst werden.

Aber nicht nur die Schule, auch andere gesellschaftliche Bildungsstrukturen sollten flexibler und effizienter gestaltet werden, z.B. über modulare Ausbildungswege oder verstärktes Bewerbungscoaching. Um das Image bestimmter Berufe aufzupolieren, könnten Kampagnen, etwa zur Wertschätzung von Handwerksberufen, helfen, dass Ausbildung auch dort erfolgt, wo sie benötigt wird.

Eine Forderung an beide Seiten, Beratungsstellen und MigrantInnen, bestand darin, ein hohes Maß an interkulturellem Verständnis aufzubringen und auszubauen um die Zusammenarbeit so erfolgreich wie möglich zu gestalten und vor Diskriminierung zu schützen. Dies verlangt ein hohes Maß an Sensibilität und interkultureller Kompetenz, was in beiderseitigem Dialog entwickelt werden muss. Der verstärkte Einsatz von KulturmittlerInnen ist hierfür sicherlich hilfreich. Nur so können die vielfältigen Potenziale richtig erkannt und genutzt sowie der Einzelne leichter zur Eigeninitiative ermutigt werden. Es wäre ein wichtiger Schritt bei der Berufsfindung. Häufig zählt das Engagement und die Persönlichkeit wesentlich mehr als etwa die Beherrschung der deutschen Sprache. Auf politischer Ebene zählt zum interkulturellen Verständnis aber auch die Vereinfachung der Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen um eine schnellere Eingliederung in die Gesellschaft und den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Zum Ende des Workshops wurde ein erneutes Netzwerktreffen von den VeranstalterInnen angeregt, das hohen Zuspruch fand. So werden bald Terminvorschläge für eine „Round Table Discussion“ in etwa sechs Monaten zwischen den TeilnehmerInnen kommuniziert um die Kom-



petenzen der TeilnehmerInnen zu bündeln bzw. zu verstetigen und auch Bilanz zu ziehen, ob es in der Zwischenzeit bereits zu handfesten Ergebnissen gekommen ist.

WORKSHOP 3: BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG



WORKSHOP 4

Leitung: Fatime Çetin, Mine Bagatar
(Unternehmer ohne Grenzen e.V.)

Moderation: Maha Al-Asiri (Basis & Woge e.V.), Dr. Andreas Hieronymus (iMiR – Institut für Migrations- und Rassismusforschung)

ExpertInnen: Hüseyin Yılmaz (DGB – Arbeitsmarktpolitische Integration junger MigrantInnen), Hourvash Pourkian (Unternehmerin und Vorsitzende KULTURBRÜCKE HAMBURG e.V.), Nikolaus Haufler (Verein der Deutschen aus Russland e.V.), Bayram İnan (Fachsprecher für Interkulturelles Zusammenleben der Bezirksversammlung Harburg), Indre Andrea Monjezi-Brown (Baitun-Nisa e.V.), Dr. Jean-Michel Bollo (Verein Kamerunsche Kulturstädte e.V.), Prof. Dr. Elçin Kürşat (Universität Hannover; Inst. f. Soziologie u. Sozialpsychologie, Izmir University of Economic)

Partizipation der MigrantInnen in den Stadtteilen Hamburgs

Workshop Verlauf

Nach der Präsentation des Ablaufplans durch Dr. Andreas Hieronymus erfolgte eine kurze Nennung der ExpertInnen durch Maha Al-Asiri. Bestehende Ansätze zur Förderung der gesellschaftlichen Partizipation, als Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration zu erörtern, zu erweitern und zu fördern, war das Hauptziel des Workshops und nachfolgende Punkte bildeten den Inhalt:

- Rechtliche, politische Partizipation
- Gesellschaftliche Partizipation
- Wirtschaftliche Partizipation

Die ExpertInnen stellten sich mit einigen Worten vor und gaben ein kurzes Statement zu ihrer Arbeit ab. Beginnend mit Herrn Hüseyin Yılmaz.

Herr Hüseyin Yılmaz begann seinen Vortrag mit einem Zitat von Friedrich Syrup von 1914 (Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung): "Es ist fraglos, dass die deutsche Volkswirtschaft

aus der Arbeitskraft der im besten Alter stehenden Ausländer einen hohen Gewinn zieht, wobei das Auswanderungsland die Aufzuchtskosten bis zur Erwerbstätigkeit der Arbeiter übernommen hat. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch das Abstoßen oder die verminderte Anwerbung ausländischer Arbeiter in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs. Die ausländischen Tagelöhner zeigen die größere Bereitwilligkeit, grobe und schwere Arbeiten zu übernehmen, als die auf höherer Kulturstufe stehenden deutschen Arbeiter. Ihnen sind gewisse Arbeiten vorbehalten, die der deutsche Arbeiter nur mit Widerstreben ausführt. Das Abstoßen dieser Arbeiten auf die Ausländer bedeutet keine Entartung, sondern eine in hygienischer Beziehung erwünschte Förderung der Volkskraft. Ist es unvermeidlich, ausländische Arbeiter heranzuziehen, so erscheint es auch sozialpolitisch angezeigt, sie gerade mit den niedrigsten entlohntesten Arbeiten zu beschäftigen, denn dadurch besteht für die einheimische Arbeiterschaft gleichzeitig

der beachtenswerte Vorteil, dass ihr der Aufstieg von der gewöhnlichen zu der qualifizierten und gut entlohnten Facharbeit wesentlich erleichtert wird."

Er führt aus: „Partizipation braucht rechtliche wie politische Grundlagen“. In den Betrieben gibt es das Betriebsverfassungsgesetz und seit 1972 gibt es das passive Wahlrecht für MigrantInnen. Es sind dennoch große Defizite vorhanden, häufig sind die MigrantInnen noch am selben Arbeitsplatz, mit demselben Arbeitsvertrag, mit dem sie damals hierher gekommen waren.

Frau Hourvash Pourkian hat sich im Rahmen einer Existenzgründungsinitiative im Jahre 1988 selbständig gemacht (Jeans Produktion). Sie hält das Lernen für eine der wichtigsten Voraussetzungen um erfolgreich partizipieren zu können, folglich lautet ihr Motto: „Lerne von der Wiege bis zur Bahre“. Ihre Idee ist es, Patenschaften für MigrantInnen-Kinder zu übernehmen um ihnen gezielt die möglichen Bildungs- und Ausbildungsperspektiven aufzuzeigen. Ferner weist sie daraus hin, dass auch Frauen auf ihrem Karriereweg oft auf Grenzen stoßen. Frau Pourkian entschied sich statt für andere, für sich zu arbeiten und stieß bei ihrem Gründungsvorhaben auf viele Vorurteile. Es hieß damals, sie sei zu jung, hätte keine Berufserfahrungen usw.. Das wären alles Gründe für eine Ablehnung der Bank für eine Wirtschaftsförderung.

Frau Monjezi-Brown trägt vor, dass muslimische Frauen mit Kopftuch großen Problemen in der deutschen Gesellschaft gegenüber stehen. Bspw. werden Bewerbungen mit Foto grundsätzlich zurückgeschickt. Junge qualifizierte Frauen werden mit Kopftuch trotz Bedarf nicht angestellt oder finden eine Stelle in muslimischen Betrieben. Eine Diplompädagogin darf aufgrund ihres Kopftuches nicht im Jugendamt arbeiten, obwohl sie für diese Stelle prädestiniert wäre.

Herr Nikolaus Haufler wurde in Russland gebo-

ren und kam mit elf Jahren nach Deutschland. Innerhalb der Parteien kann man sich politisch partizipieren. Auch Schulen bieten spezielle Beratungen für die Schulwahl oder auch für so genannte „Problem-Jugendliche“. Oft werden hier Menschen eingesetzt, die selber einen Migrationshintergrund haben. Teilhabe an der Politik ist bei den so genannten „Deutsch-Türken“ weitgehend gelungen aber bei den Menschen mit anderen Migrationshintergründen sieht er noch Handlungsbedarf.

Herr Dr. Jean-Michel Bollo (Vertreter vom Verein Kamerunsche Kulturstädte e.V.) schilderte die Probleme der Afrikaner in Deutschland bzw. in Hamburg. Von sich behauptet er: „Ich bin ein Wilhelmsburger“ und führt weiter aus: „Trotzdem geht es uns (Afrikanern) schlecht. Wir fühlen uns in der Masse verloren und hiergegen müssen wir etwas tun. Wir brauchen einen Treffpunkt um gemeinsame Probleme auszutauschen und einen Ausweg zu finden. Unsere Kinder haben große Probleme die sprachlichen Barrieren zu überwinden. Trotz des Kindergartens lernen die Kinder kein gutes Deutsch. Das Problem ist das deutsche Schulsystem. Wir suchen deutsche MuttersprachlerInnen.“

Herr Dr. Jean-Michel Bollo führt aus, dass die Afrikaner immer diejenigen sind, die immer als niedrigere Arbeitskräfte angesehen werden. Obwohl





sie ein enormes Potential haben. In Afrika gibt es auch Universitäten und viele Menschen kommen bereits hoch qualifiziert aus Afrika. Trotz dessen kommen sie hier nicht voran. „Wer es geschafft hat aus Afrika nach Deutschland zu kommen, kann etwas!“ Davon kann man ausgehen.

Herr Bayram İnan: „Die Partizipation in der Politik ist sehr schlecht, wir brauchen ein kommunales Wahlrecht! Viele Menschen leben seit 40 Jahren hier in Deutschland, haben aber kein Wahlrecht. Wir können nur etwas ändern, wenn alle wählen dürfen. Diese Menschen verlieren das Interesse an der Politik und auch am Wahlrecht!“ Im gesellschaftlichen Bereich hingegen funktioniert die Integration besser als in der Politik. Auch politische Ämter sollten durch MigrantInnen besetzt werden, damit eine erfolgreiche Partizipation möglich ist. In Wilhelmsburg gibt es verschiedene Meinungen und Gruppen von „Wilhelmsburgern“. Einige würden lieber in Wilhelmsburg wohnen, wenn weniger AusländerInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund dort ansässig wären. Andere würden gerne mehr AusländerInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund in Wilhelmsburg sehen. Wiederum andere sind der Meinung, dass mehr Integrationsarbeit in Wilhelmsburg nötig ist. Genauso unterschiedlich wie die Bevölkerung sind auch die Meinungen in Wilhelmsburg.

Frau Professor Elçin Kürşat:

Es gibt gewisse Unterschiede in den Regionen Hamburg und Hannover. Sie selbst kommt aus Hannover. Auch die ExpertInnen und Meinungen sind unterschiedlich. Jedoch ist die Chancengleichheit überregional präsent. Staatliche Instanzen sorgen hier für geringe Unterschiede. Aufgrund der Abschlüsse von ausländischen Jugendlichen kann man auf die politische Stimmung der Regierung schließen. Ethnic Monitoring ist in Holland und angloamerikanischen Kulturen Usus. Es handelt sich um Maßnahmen zur Feststellung der Partizipation der ethnischen Gruppen nach Bevölkerungsanteil. Bei den Nahtstellen – bspw. Übergang von Kindergärten und Schulen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) – besteht ein Diskriminierungsrisiko. Von den Eltern kann man nicht erwarten, dass sie immer hinterfragen, warum ihr Kind eine Empfehlung zur Hauptschule oder Realschule o. ä. bekommen hat. Sie kennen sich oft selber viel zu selten mit dem deutschen Schulsystem aus. Die Entscheidungsträger sollten sich rechtfertigen, warum MigrantInnen häufiger Empfehlungen für die Hauptschule bekommen.

Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurde aus den unterschiedlichen Perspektiven und Sichtweisen der Workshop-TeilnehmerInnen die Situation der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland analysiert und dann Handlungsvorschläge zur Verbesserung der Situation formuliert. Die Meinungen waren sehr unterschiedlich. Einige TeilnehmerInnen waren der Meinung, dass eine stärkere Beteiligung der Menschen an der Entwicklung des Stadtteils notwendig ist. MigrantInnen sollten nicht nur als passive Mitglieder der Gesellschaft betrachtet werden.

Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass die gesellschaftlichen Barrieren nicht unterschätzt werden sollten und dass die erste Generation bereits viel geleistet hat. Eine Teilnehmerin bemerkte, dass migrantische Eltern ihre

Kinder stärker unterstützen müssten. Ein Sprecher der Islamischen Gemeinde sagte, dass sie als Organisation in bereits zwei Stadtteilen in den Stadtteilbeirat aufgenommen wurden und, dass es Partizipation dort gibt, wo man es möchte und dort, wo man es auch annehmen möchte. Eine Teilnehmerin war wiederum der Meinung, dass, solange die Deutschen nicht auf die AusländerInnen zugehen, sich nicht viel bewegen wird.

Ein Teilnehmer hat verärgert seine Meinung geäußert: „Wir bezahlen Steuergelder und sind seit Jahren als Gast hier und ein Gast mischt sich nicht in die Politik ein. Die Steuergelder müssen für die Partizipation eingesetzt werden. Wir sind in der Übergangsphase von ungelerten ArbeitnehmerInnen über gebildete ArbeitnehmerInnen zur Position der ArbeitgeberInnen.“ Ein anderer Teilnehmer wiederum führte an, dass MigrantInnen, die schon integriert sind, verantwortlich für die Partizipation der anderen MigrantInnen sind. Sie sollten den nicht integrierten MigrantInnen helfen und die Verantwortung für ihre Integration übernehmen!

Eine Teilnehmerin weist auf die kulturellen Unterschiede zwischen den Kulturen hin. Es sei ein Unterschied, ob man einen orientalischen oder russischen Migrationshintergrund hat. Auch wenn man versucht sich zu integrieren, stieße man auf Ablehnung. Integration ist schwierig wegen des Kopftuches, auch mit Hochschulabschluss. Frau Pourkian bemerkt, dass sich jeder für jeden einsetzen sollte! Unabhängig von Geschlecht, Ausbildung oder Nationalität. Ein Kopftuch sei ebenfalls kein Hinderungsgrund. Man muss Interessen entdecken und erwecken, man muss Menschen einladen um zu kommunizieren. Wenn sie nicht eingeladen worden wäre, hätte sie ihre Ziele und Wünsche nicht umsetzen können.

Frau Prof. Kürşat bemerkt, dass Parteien ein Problem haben. Der größte Teil der Menschen ist aufenthaltsrechtlich nicht gesichert. Sie appel-

liert an die jungen Menschen, dass sie sagen, wo sie hin wollen. Unterschiede müssen deutlicher werden, damit wir zusammenkommen. Nicht auffallen bringt uns nicht weiter, das sieht man an der ersten Generation. Hierbei dürfen Bildung und soziale Herkunft keine Rolle spielen.

Eine Teilnehmerin aus Litauen ist der Meinung, dass Deutschland ein Land ist, das lange keine Einwanderungspolitik hatte und deshalb sei keine Integration möglich gewesen. Deutschland biete viele Möglichkeiten, aber man müsse dafür bereit sein hart zu arbeiten. Eine Teilnehmerin bemerkt abschließend, dass Partizipation auch mit wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu tun hat und dass viele Menschen der Mehrheitsgesellschaft kein Interesse an diesen Themen hat.

Abschließende Statements

Abschließend gaben die ExpertInnen auf die Frage, wie man die Partizipation verbessern könnte, ein Statement ab.

Indre Andrea Monjezi-Brown:

Notwendig ist eine Diskussion auf Augenhöhe und das persönliche Wissen sollte ernst genommen werden.

Dr. Jean-Michel Bollo:

Wenn ein Migrant nicht von einem Problem be-



troffen ist, schätzt man es gering ein. Es sollten auch LehrerInnen afrikanischer Herkunft verpflichtet werden.

Hourvash Pourkian:

Appell an die MigrantInnen – Deutschland hat 9,9% Selbstständige, Italien 27%, Schweden 47% und die USA knapp 50%. Wir haben die Chance uns selbständig zu machen aber wollen Karriere machen im Angestelltenverhältnis. Sind wir Verwalter oder Gestalter? Sein Land zu verlassen ist schon ein Gewinn, denn wir haben uns schon bewegt. Die Kulturen sollten wir in Deutschland als Bereicherung sehen. Ausländische Kinder laden nur ausländische Kinder zu ihren Geburtstagen ein und deutsche Kinder wiederum nur deutsche Kinder. Kinder sollten lernen ihre eigene Kultur anderen vorzustellen. Diversity sollte man als Bereicherung sehen!

Bayram İnan:

Die Mehrheitsgesellschaft muss die MigrantInnen akzeptieren. Ohne Akzeptanz gibt es keine Integration. Ich bin immer ein Ausländer solange ich nicht akzeptiert werde. Wie sollen wir uns integrieren? Wir sind Menschen und wir sollten gemeinsam etwas bewegen.

Nikolaus Haufler:

Wir sind Deutsche und deshalb integrieren wir uns besser, aber wir haben auch Integrationsprobleme genau wie andere MigrantInnen. Nicht nur die Rechte sind wichtig, sondern man muss auf die Menschen zugehen um etwas zu bewegen.

Hüseyin Yılmaz:

Wir sind in der Phase Deutschland wie ein Einwanderungsland zu gestalten. Wir brauchen mehr Menschen mit mehrsprachigem Hintergrund. In allen Bereichen sind MigrantInnen eine Stufe tiefer als ihre deutschen MitstreiterInnen. Einbürgerungen von Jugendlichen sollen abgeschafft werden – und das ist kontraproduktiv. Ich bin optimistisch bzgl. des allgemeinen Gleichstellungsgesetzes. Gemeinsam schaffen wir es.

Abschließend wurden folgende Handlungsempfehlungen festgehalten:

- Rechtliche und politische Gleichstellung – Diskussion auf Augenhöhe
- LehrerInnen mit Migrationshintergrund
- Kulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen und Verwaltungen
- Kinderkulturaustausch





WORKSHOP 5

Leitung: **Hıdır Demirtaş**

(Unternehmer ohne Grenzen e.V.)

Moderation: **Meike Bergmann**

Impulsreferate: **Dr. Matthias Wienold** (Ethno-Medizinisches Zentrum, EMZ), **Dr. Niels-Jens Albrecht** (UKE)

ExpertInnen: **Gabriele Wessel-Neb** (Behörde für Soziales, Gesundheit, Familie und Verbraucherschutz), **Marino Maligoi** (Krankenhaus Groß-Sand), **Dr. Ali Erdogan** (Klinikum Eilbek), **Dr. Berndt Kalvelage** (Internist, Diabetologe), **Morassah Masloum-saki-Schütt** (Projekt MiMi)

Migration und Gesundheit: Gesundheitsversorgung im Quartier

Im einleitenden Teil des Workshops wurden die eingeladenen ExpertInnen vorgestellt und anschließend zwei Kurzreferate präsentiert.

Im ersten Impulsreferat stellte Dr. Albrecht vom UKE eine kurze Bestandsanalyse zur medizinischen Versorgung von MigrantInnen in Wilhelmsburg vor. Angesichts der Tatsache, dass ca. 60% der Wilhelmsburger Bevölkerung Menschen mit migrantischem Hintergrund sind, ist der Zugang zu dieser Gruppe ein wichtiges Thema. Sprachschwierigkeiten stehen hierbei im Vordergrund. Als mögliches Konzept für eine bessere Gesundheitsversorgung nannte Dr. Albrecht die Einrichtung eines Gesundheitszentrums, das alle AkteurInnen und Aspekte auf dem Gesundheitssektor unter einem Dach vereinen sollte. Die Schwierigkeit der Finanzierung wurde angesprochen, da Kassen keine „alternativen“ Zentren fördern. Dennoch gibt es bereits erste Überlegungen zur Realisierung. Unter dem Stichwort Prävention schnitt Dr. Albrecht die Problematik kurativer Medizin für Menschen mit migrantischem Hintergrund an. Auch für Deutsche ist die Prophylaxe (z. B. bei Diabetes) problematisch. Bei migrantischen PatientInnen stößt die Vermittlung von Regeln für die Le-

bensführung bezüglich einer Eigenvorsorge aber neben den sprachlichen Schwierigkeiten zusätzlich auf kulturelle Besonderheiten.

Als zweiter Referent gab Dr. Wienold vom Ethno-Medizinischen Zentrum (EMZ) in Hannover einen Einblick in die Arbeit des Zentrums, dessen Partnereinrichtungen bzw. Projekte. Vom EMZ vertretene Standards sind: Herausgabe von Wegweisern im medizinischen Bereich (Führer in 15 Sprachen), Schulung von bilingualen MediatorInnen, Kampagnenveranstaltungen sowie die Entwicklung eines langfristig tragfähigen Systems. In Bezug auf eine optimale Lösung des letzten Punktes kooperiert das EMZ mit TuTech. Als erste Ergebnisse wurden eine Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten von MediatorInnen und zusätzliche Aktionsformen, wie bspw. die stärkere Einbindung in traditionell deutsche Präventionswochen, genannt. In Hamburg setzt MiMi im Kifaz Schnelsen die Standards des EMZ in die Praxis um. Die dort geschulten MediatorInnen regen für die Zukunft eine Aufnahme ihrer Arbeit in den Integrationskursen, in besonderen VHS-Sprachkursen zum Gesundheitssystem sowie Vertiefungskurse zu speziellen Themen an.



Auch eine stärkere Werbung für ihre Arbeit wäre wünschenswert. Im Handlungskonzept des Hamburger Senats 2006 wurde das Arbeitskonzept des EMZ aufgenommen.

Im Anschluss an die Referate gaben die ExpertInnen Auskunft über ihre Arbeit und traten miteinander in Diskussion. Basis dafür waren die folgenden drei Fragestellungen:

- Welche konkreten Schwierigkeiten in der Gesundheitsversorgung von MigrantInnen sind im Arbeitsbereich vorhanden?
- Wo gibt es Möglichkeiten/Ansätze einer Verbesserungssituation?
- Welche Angebote/Maßnahmen bewähren sich?

Frau Morassah Masloumsaki-Schütt, Sozialberaterin, berichtete über die Akzeptanz von MiMi und den Stand der Rückvermittlung. 58 MediatorInnen in 19 Sprachen sind in ganz Hamburg aktiv. Zentrale Punkte bei der Arbeit sind das Sprachproblem und kulturelle Missverständnisse. Staatliche Informationen sind nur in deutscher Sprache vorhanden oder müssen extra bestellt werden. Hinzu kommen frauenspezifische Schwierigkeiten. Der Bedarf an MediatorInnen oder bilingualen MigrantInnen ist insbesondere bei den Krankenkassen sehr groß. Aufsuchende Beratung in Praxen, Friseurläden oder Restaurants ist nötig und sehr erfolgreich.

Sprachliche Vermittlung ist insbesondere in Krankenhäusern wichtig, stößt dort aber sofort an die Grenzen der Budgetierung. Herr Maligoi gab Auskunft über die Situation im Krankenhaus Groß-Sand, Wilhelmsburg, wo der Anteil an PatientInnen mit migrantischem Hintergrund seiner Ansicht nach nicht das tatsächliche Verhältnis im Stadtteil abbildet, weil es sich um ein katholisches Krankenhaus handelt. Jedoch gibt es viele PatientInnen ohne Aufenthaltsstatus, insbesondere Notfälle. Etliche der MitarbeiterInnen kommen aus dem Stadtteil und/oder haben selbst einen migrantischen Hintergrund. Es existiert ein DolmetscherInnenpool, bestehend aus den Angestellten des Krankenhauses. Ein Gebetsraum für muslimische PatientInnen ist geplant.

Auch am Klinikum Eilbek gibt es keinen eigenen DolmetscherInnendienst. Dr. Erdogan betonte, dass das Dolmetschen durch Krankenhauspersonal eine eher unbefriedigende Lösung darstellt. Neben dem von ihm dabei kritisierten Fakt der Kostenabwälzung wies er darauf hin, dass ein Dolmetschen des Sprechens über Krankheit sehr komplex ist und große kulturelle Sensibilität erfordert. Gerade die Psychiatrie ist ein extrem schwieriges Feld bezüglich der Sprachvermittlung.

Das UKE kann bereits auf über 10 Jahre Erfahrung mit DolmetscherInnendiensten und den Problemen einer Finanzierung zurückblicken. Wie Dr. Albrecht berichtete, gab es seit den 1990er Jahren einen DolmetscherInnendienst, der bis 2002 finanziert und dann outgesourct wurde. Zurzeit stehen über die Kooperationspartnerin „Lingua Medica“ ca. 15 DolmetscherInnen unter Vertrag. Eine grundsätzliche Klärung der Finanzierung steht jedoch noch aus. Staatliche Entscheidungen wurden angefragt und wären dringend nötig, da diesbezügliche Gespräche zwischen Krankenkassen und der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) bislang zu keinem Ergebnis geführt haben. Während direkte Vereinbarungen mit den Kassen noch möglich sind, kann die DKG bei der exi-

stierenden Deckelung der Budgets keine Finanzierung übernehmen.

Nach Ansicht von Dr. Kalvelage verstellt eine Überbetonung der Problematik der sprachlichen Vermittlung und des kulturellen Hintergrundes den Blick auf den Kern von anderen Problemen. Aus seiner langjährigen Praxis im Kontakt mit UnterschichtpatientInnen in Wilhelmsburg heraus wies er auf die große Bedeutung von Armut hin, die für migrantische und nichtmigrantische PatientInnen gleichermaßen prägend ist. Dazu kommt die zu geringe Ärztlindichte in Wilhelmsburg, die er auf die wenig attraktive Tätigkeit als „KlassenmedizinerIn“ in einem armen Stadtteil zurückführt. Für ihn ist die Beschäftigung von MitarbeiterInnen mit migrantischem Hintergrund und die Zusammenarbeit mit älteren Kindern der PatientInnen eine erprobte Hilfe bei der Sprachvermittlung. Er machte jedoch deutlich, dass die psychosoziale Betreuung der PatientInnen für ihn oberste Priorität hat. Gerade im Hinblick auf Prävention hat Armut einen großen Einfluss, da es den PatientInnen an der Vorstellung einer besseren Zukunft mangelt. So kann Prävention nicht greifen – bei MigrantInnen wie bei Deutschen. Für eine Verbesserung dieser Situation ist eine Veränderung der Verhältnisse nötig.

In der sich direkt daran anschließenden kurzen Debatte über die Bedeutung von Sprachvermittlung stellte Dr. Kalvelage klar, dass für ihn Sprachprobleme leichter zu lösen seien als die Vermittlung von psychosozialen Kompetenzen an ÄrztInnen.

An die Themen Armut und Sprachvermittlung anknüpfend, bestätigte Frau Wessel-Neb, dass auch die für Deutsche erhältlichen Informationen zu Gesundheit sich eher an MittelschichtpatientInnen richten und es dringend erforderlich ist stärkeres Augenmerk auf andere Schichten zu legen. Zwar sind die Problematiken mittlerweile mehr in das öffentliche Bewußtsein gerückt und

das Integrationskonzept in Hamburg endlich auf dem Tisch, aber es bleibt noch viel zu tun. In der Behörde sollen MitarbeiterInnen durch Fortbildungen ihre interkulturellen Standards erweitern und es sollen mehr MitarbeiterInnen mit migrantischem Hintergrund beschäftigt werden.

Die abschließende Diskussion machte nochmals deutlich sichtbar, dass eine Verbesserung der sprachlichen und kulturellen Vermittlungssituation vielschichtig ausfallen sollte. Neben dem weiteren Ausbau des MediatorInnenkonzeptes ist die Beschäftigung von Fachpersonal mit migrantischem Hintergrund ebenso wichtig wie der Einsatz von ausgebildeten DolmetscherInnen. Aufsuchende Beratung, Vernetzung von AkteurInnen, aber auch die konkrete Förderung von Partizipation wurden als wichtig genannt. Mangelnde Integration, Ausschluss und Armut machen krank. Deshalb gehen Integration, Information und Gesundheit Hand in Hand.

Die Entstehung eines Gesundheitszentrums in Wilhelmsburg (erste Überlegungen sind von Unternehmer ohne Grenzen e.V. und dem Krankenhaus Groß-Sand initiiert), dessen Konzept auf den oben angesprochenen Standards beruht, wäre ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung im Quartier.





PODIUMSDISKUSSION

Moderation: **Wolfgang Fehl** (ZWH, IQ-Netzwerk)

Podium: **Latifa Kühn** (Politikwissenschaftlerin M.A., Referentin für interkulturelles Management), **Maria Maderyc** (Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, BSG), **Malte C. Krugmann** (Projekt „Lebenswerte Stadt“, Aktive Stadtteilentwicklung, Planungsstab der Senatskanzlei), **Bernhard Proksch** (Leiter des Amtes für Strukturpolitik, Arbeitsmarkt, Agrarwirtschaft, BWA), **Kazim Abaci** (Geschäftsführer Unternehmer ohne Grenzen e.V.)

Nach der Vorstellung der PodiumsteilnehmerInnen hob Herr Fehl eingangs den gelungenen Austausch in den Workshops hervor; als Beispiele wurden angeführt, dass im Workshop 3 „Berufliche Qualifizierung“ bereits die Verabredung zu einem Round-Table-Gespräch getroffen wurde und dass Frau Maderyc das Angebot ihrer Behörde zum weiterführenden Gespräch unterbreitet hat.

Die Präsentation der Workshopergebnisse begann mit der Weitergabe der Handlungsergebnisse aus Workshop 5 „Migration und Gesundheit: Gesundheitsversorgung im Quartier“.

Die Empfehlung einer verstärkten Ausbildung von MediatorInnen und einer größeren Zahl von medizinischem Fachpersonal mit Migrationshintergrund traf bei Herrn Krugmann und Frau Maderyc auf positive Bestätigung. Herr Krugmann führte an, dass gerade in Wilhelmsburg der Nachholbedarf groß ist, da die Gesundheitsbelastung dort auch überdurchschnittlich hoch ist. Insbesondere ältere Menschen und MigrantInnen sind an dieser Stelle hervorzuheben. Für Frau Maderyc steht das Thema Gesundheit ohnehin im Fokus des Handlungskonzepts des Senats. Bei der Ausbildung von Pflegepersonal mit Migrationshin-

tergrund soll ein besonderer Augenmerk auf der Pflege älterer Menschen liegen. Um die Belange von MigrantInnen besser in Planungen einbeziehen zu können, sollen laut Senatsverpflichtung künftig 20% der MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst MigrantInnen sein. Bezüglich der mangelnden interkulturellen Kompetenzen forderte Frau Kühn interkulturelle Kompetenz auf beiden Seiten. Eine Balance muss geschaffen werden um die aktuelle Schieflage auszugleichen. Dazu sollte das Personal in Beratungsstellen interkulturell geschult werden, aber auch strukturell ist ein Mehr an Interkulturalität notwendig. Diese sollte sowohl im Bewußtsein der Zugewanderten verankert sein als auch über die Communities hinausgetragen und gelebt werden.

Besonders breit diskutiert wurde der Aspekt der Partizipation.

Eine Handlungsempfehlung aus Workshop 4 „Partizipation der MigrantInnen in den Stadtteilen Hamburgs“ war die Forderung nach einer auf Augenhöhe stattfindenden Diskussion zu rechtlicher und politischer Gleichstellung. Dazu verwies Herr Krugmann auf die Grenzen kommunaler Handlungsfähigkeit. Auch die Bundespolitik ist im Hinblick auf Gleichstellung gefragt.

Aus seiner Sicht ist es zwar ein klares Ziel, Menschen an der Gestaltung ihres Quartiers zu beteiligen und somit eigene Bedarfe formulieren zu lassen, jedoch sind MigrantInnen nach wie vor im Prozess der BürgerInnenbeteiligung unterrepräsentiert. Grund dafür ist möglicherweise, dass das Beteiligungsprinzip sich stark an der deutschen Kultur orientiert. Alle Ansätze für soziale Stadtteilentwicklung in Wilhelmsburg (Begegnungsstätten, Stadtteilfeste, etc.) bringen bislang noch keine dauerhafte Beteiligung hervor. Da MigrantInnen kein Wahlrecht haben, fehlt ihnen auf politischer Ebene der Zugang und/oder auch der Anreiz. Frau Maderyc nannte die 5 Ansätze zu „Wohnen und Stadtteilentwicklung“ im Handlungskonzept des Senats den Schlüssel zu einer an Nachbarschaft ausgerichteten Integration vor Ort. Hamburg als einzige deutsche Stadt mit Integrationszentren wird das Handlungskonzept diesbezüglich immer wieder neu positionieren und konzeptionieren.

Zum Aspekt der wirtschaftlichen Partizipation vertrat Herr Proksch mehrere Ansätze als handlungsweisend für eine Integration. Erstens eine verbesserte Beratung, zusammen mit der optimalen Nutzung der vorhandenen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik, ein früheres Ansetzen derselben und spezifische Qualifikationen. Zweitens eine gut funktionierende Beratung, auch und insbesondere im Hinblick auf die interkulturelle Darlehensproblematik. Hier setzt die Wirtschaftsbehörde mit ihrem Kleinstdarlehenprogramm an und begleitet migrantische Gründungen in Kooperation mit Unternehmer ohne Grenzen e.V. und der Lawaetz-Stiftung. Und drittens muss bei (migrantischen) ArbeitgeberInnen stärker die Bereitschaft geweckt werden Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Dafür wurde die ATU e.V. angesprochen, die sich in Kooperation mit den Kammern um einen Zuwachs an Ausbildungsplätzen bemüht. Nicht zuletzt wird die Demographie die Unternehmen auch zwingen, auf ein vorhandenes Potenzial zurückzugreifen. Für den Bereich der Bildung und Schule wies Herr

Krugmann auf die Gefahr hin, dass ein zu hoher MigrantInnenanteil segregativ wirken und damit zum Teufelskreis für MigrantInnen werden kann. Eine Lösung sieht er im neuen Konzept des Senats, das ein neues, integratives Angebot für den Sozialraum vorsieht und in Lohbrügge, Billstedt und Wilhelmsburg ansetzen soll.

Nicht allein Bauten und Infrastruktur sind wichtig, sondern Integration bedeutet vor allem Kommunikation und Bildung in den Köpfen der Menschen, so formulierte es Herr Abaci. Er erkennt die Übergänge im Bildungsweg von MigrantInnen als besonders problematisch und sprach sich für eine verbesserte Kommunikation zwischen Eltern und Schulen aus, die sich zudem weiter dem Stadtteil öffnen sollten. Bezüglich der wirtschaftlichen Partizipation sprach er die Magnetfunktion an, die die Migrantenökonomie in Wilhelmsburg auf neue ZuwandererInnen ausübt. Zwar ist dadurch die Versorgung gewährleistet, aber auch die Fehlentwicklung der Branchenmassierung ist nicht zu übersehen. Unternehmer ohne Grenzen e.V. sind in den Prozess der IBA unter dem Aspekt der Beteiligung der MigrantInnen und der Entwicklung der regionalen Wirtschaft eingebunden.

Stellvertretend für die Handlungsempfehlungen aus Workshop 3 „Berufliche Qualifizierung von





MigrantInnen – wo wollen wir hin?“ formulierte Herr Fehle die einleitende, plakative Frage: „Brauchen wir jeden Monat einen Girl’s Day“? Im weiteren Diskussionsverlauf verbanden sich die Empfehlungen aus Workshop 3 dann zusehends mit denjenigen aus Workshop 2 „Junge MigrantInnen als Potenziale in der Stadtteilentwicklung?“.

Frau Kühn wies auf die zentrale Bedeutung von Sprache und Bildung für die Integration hin. Bereits in Kindergärten sollte die Tatsache genutzt werden, dass Bilingualität am besten zwischen 2 und 4 Jahren ansetzt. Von klein auf sollte mehr Motivation im Hinblick auf Spracherwerb und Bildung erfolgen und zwar durch eine weit geringer ausgeprägte Festlegung auf defizitäre Gruppen. Eltern sollten verstärkt mit an die Schulen kommen und Individual- bzw. Kollektivgemeinschaften sollten sich austauschen und voneinander lernen. Die besondere Qualifikation der Bilingualität wurde von Frau Kühn kritisch hinterfragt. Meist ist keine qualifizierte Bilingualität vorhanden. Deshalb muss sie bereits in der Schule ernsthaft und berufsorientiert aufgegriffen werden, damit sie auch eine reelle Chance auf internationales Agieren bieten kann. Interkulturelles Potenzial ist ihrer Auffassung nach nicht qua Geburt vorhanden. Es gilt, die vorhandenen Ansätze auszubauen. Auch Frau Maderyc hob die Sprachförderung vor Schuleintritt und

den hohen Stellenwert von Bilingualität hervor. Für die Wirksamkeit des Handlungskonzepts sprach sie davon, es erst einmal „leben“ zu lassen um es dann evaluieren zu können. Zudem verwies sie auf Chancen durch den nationalen Integrationsplan, der sich zurzeit in Entwicklung befindet. Mehrsprachigkeit im Beruf definierte Herr Proksch als eine Qualifikation und damit als einen klaren Vorteil für junge Menschen. Von daher sollte es seiner Aussage nach für die Hamburger Wirtschaft durchaus von Interesse sein, dass junge MigrantInnen beide Sprachen lernen. Eine darauf abzielende Förderung sollte ihm zufolge in die schulische und berufsschulische Bildung integriert werden.

Um Potenziale zu nutzen wird häufig das Patenschaftsmodell zwischen Unternehmen, SchülerInnen bzw. Eltern gefordert. Herr Proksch wies darauf hin, dass mit dem Hauptschulpatenschaftssystem, einer Kooperation zwischen dem EU-Sozialfond und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, ein wichtiger Schritt getan wurde. Die NetzwerkpartnerInnen aus den Unternehmen erzeugen Aufbruchsstimmung bei den LehrerInnen. Mutmachen und verstärktes Bewerbungstraining wurden hier als weitere Stichworte genannt, ebenso wie die Wichtigkeit von Mädchenausbildung. Unternehmen übernehmen Patenschaften für Schulen in ihrer räumlichen Nähe und laden Eltern und SchülerInnen in die Unternehmen ein.

Schließlich betraf eine wichtige Handlungsempfehlung aus Workshop 3 die Frage der Netzwerke. Wie können sie nachhaltig für den Kommunikationsprozess wirken? Herr Krugmann machte darauf aufmerksam, dass gerade Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf häufig Netzwerkstrukturprobleme aufweisen. Der Übergang nach der Installation von Netzwerken und nach dem Ablauf einer Finanzförderung ist schwierig. In diesem Zusammenhang sind alle AkteurInnen im Stadtteil wichtig: Das Gewerbe ebenso wie die Schulen, aber im Speziellen die Familien, die einen überproportional hohen An-

teil an der Integration tragen. Angesprochen auf die Bedeutung von Netzwerken im Handlungskonzept betonte Frau Maderyc die Bandbreite der in den 5 Handlungsansätzen enthaltenen 20 Themen. Es muss mit den passenden Maßnahmen gearbeitet werden. Auch die Frage nach den vorhandenen Mitteln beantwortete sie positiv. Mehrere Millionen Euro pro Jahr würden in Hamburg für Integration ausgegeben. Darin enthalten sind bspw. integrative Maßnahmen an Schulen und Hochschulen. Das Handlungskonzept muss sich auf dem Prüfstand der Aktualität beweisen. Nach einer Evaluation kann eine entsprechend andere Steuerung der Geldflüsse erfolgen.

Als konkrete Handlungsempfehlung aus Workshop 1 „Mikrofinanzierung – ein wichtiges Instrument der Migrantenökonomie?“ ging die Frage nach der Notwendigkeit eines Business-Plans ans Podium. Herr Proksch unterstrich die Bedeutung eines solchen Plans, der, auch in einfacher Form erstellt, doch erkennen läßt, ob das Gründen der Existenz überlegt ist und so Scheitern vermeiden hilft. Weiterhin wurde das Nutzen von vorhandenen Potenzialen bei migrantischen ExistenzgründerInnen angesprochen. Laut Herrn Abacı handelt es sich dabei um einen dynamischen Prozess. Seitdem die Potenziale erkannt wurden, sind auch die Bedingungen für die Gründungen von MigrantInnen besser geworden – der Trend geht also in die richtige Richtung. Die Netzwerkarbeit mit den Kammern, Behörden, Institutionen und Banken hat sich verbessert. Was die Finanzierung betrifft, so ist diese nicht nur für MigrantInnen schwierig und besonders Kleinstgründungen sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht problematisch. In diesem Zusammenhang forderte Herr Abacı Herrn Proksch auf, bei einer Prüfung auf Förderung bestimmte Branchen nicht sofort abzulehnen.

Abschließend äußerten sich die PodiumsteilnehmerInnen lobend zum Kongress und zu den Ideen, die sie von dort mitnehmen werden. Anknüpfend an Frau Maderycs Angebot versprach

auch Herr Proksch die Prüfung der betreffenden Anregungen aus den Workshops in seinem Amt. Insbesondere der qualitative Sprung zum Kongress des Jahres 2005 hat Herrn Krugmann beeindruckt. Dass MigrantInnen verschiedener Herkunft kontrovers diskutieren und sich Konflikten stellen, begreift er als Anregung für die soziale Stadtteilentwicklung genauer hinzusehen, um auch unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Frau Maderyc bekräftigte ihr Angebot, Anregungen aus den Workshops zu prüfen und in das Handlungskonzept des Senats einfließen zu lassen. Nur durch Vernetzung sei eine Veränderung zu erreichen.

Nach einem Ausblick auf einen möglichen dritten Kongress gefragt, hob Herr Abacı hervor, dass „migration@work“ ein Produkt der Netzwerkarbeit ist, dessen Durchführung nur mit dem vereinseigenen Potenzial an MitarbeiterInnen erfolgt. Es wird sich zeigen, ob und wie ein weiterer Kongress stattfinden wird. Besonders wichtig für die Zukunft ist jedoch zunächst die Dokumentation der Ergebnisse des II. Kongresses um die Handlungsempfehlungen aufzugreifen und umsetzen zu können.





HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Das Ziel der Workshops war, mit ExpertInnen und Betroffenen konkrete Handlungsvorschläge zu erarbeiten. Alle der fünf angebotenen Workshops waren sehr gut besucht, wobei das Thema „berufliche Qualifizierung“ besonders großes Interesse weckte: ca. 70 Gäste nahmen an diesem Workshop teil. Nach einer Diskussion zu den jeweiligen Themen entstanden Handlungsempfehlungen, die von den ModeratorInnen zusammengefasst und im Podium vertieft und weiterentwickelt wurden. Besonders bemerkenswert ist, dass unabhängig von den jeweiligen Workshops viele ähnliche Empfehlungen erarbeitet wurden. Deshalb wurden die vorliegenden Handlungsempfehlungen nicht nach den Workshops sondern nach Themenbereichen zusammengefasst. Sie stellen somit das Hauptergebnis des Kongresses „migration@work II“ für verschiedene Bereiche dar.

Migrantenökonomie

- Instrumente der Wirtschaftsförderung sowie Arbeitsmarkt- und Stadtteilentwicklung miteinander verzahnen
- Sozialkapital als Kriterium für die Kreditvergabe heranziehen
- Stärkere Individualisierung der Beratung, Anpassung auf die Belange der MigrantInnen

- Interkulturelle Trainings für BeraterInnen und KreditsachbearbeiterInnen
- Nachgründungsberatung und Coaching, Maßnahmen für „Nachhaltigkeit“ der Unternehmen
- Bestandpflege für KMU, Vernetzung auf lokaler Ebene
- Ansätze zu Förderung von Unternehmen migrantischer Frauen
- Ausbau und Verfestigung von niedrigschwelligen Informationen, Beratungsangeboten und Qualifizierungsmaßnahmen in den Stadtteilen

Junge MigrantInnen

- Förderung der Mehrsprachigkeit
- Frühzeitige Berufsorientierung
- Vorbilder mit Migrationshintergrund in die Berufsorientierung einbeziehen
- Potential der Jugendlichen als KulturmittlerInnen und MediatorInnen nutzen
- Eltern und erwachsene MigrantInnen stärker in Bildungsprozesse einbeziehen
- Lehrende mit Migrationshintergrund in den Bildungseinrichtungen beschäftigen
- Feste Patenschaften zwischen Betrieben, Bildungseinrichtungen, Eltern und Jugendlichen fördern



Bildung, Weiterbildung und Qualifizierung

- Anpassungsmaßnahmen zur Anerkennung von Abschlüssen – insbesondere für Hochschulabschlüsse müssen neue Ansätze entwickelt werden
- Anpassung von Angeboten auf Bedürfnisse der MigrantInnen
- Fachkräftemangel vorbeugen durch Qualifizierung „Berufserfahrener“
- Gezielte Qualifizierung von arbeitslosen MigrantInnen
- Berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahmen
- Berufsbezogene Sprachförderung
- Netzwerke und Transparenz schaffen („Round Table“)

Partizipation

- Rechtliche, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Partizipation fördern – Diskussion auf Augenhöhe
- Stärkung und Zusammenarbeit zwischen Migrantenselbstorganisationen und den Stadtteilakteuren
- Öffnung der Schule als Bildungseinrichtung für alle als „Lebens- und Lernort“
- Kulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen und Verwaltungen
- Vernetzung und Transparenz

Gesundheit

Prävention

- insbesondere für Kinder, Jugendliche, ältere MigrantInnen
- Schaffung von Infrastruktur in den Stadtteilen

Therapie

Verbesserung der sprachlichen und kulturellen Vermittlungssituation durch:

- Einsatz von professionell ausgebildeten DolmetscherInnen
- Ausbildung von MediatorInnen und Vertiefung der Kenntnisse bereits ausgebildeten MediatorInnen, Ausbau des MediatorInnenkonzeptes
- Vermittlung von psychosozialen Kompetenzen an ÄrztInnen

Ärztliche Versorgung

- Vermeidung von „Ärzteflucht“
- Anreize für Ansiedlung von ÄrztInnen in benachteiligten Stadtteilen

Vernetzung von Prävention, Therapie und örtlicher Versorgung

(Bspw. Einrichtung eines Gesundheitszentrums)



AUSBLICK Kazim Abaci

Geschäftsführer Unternehmer ohne Grenzen e.V.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die vorliegende Dokumentation hat Sie über unseren Kongress „migration@work II“ – „Meine Stadt – Unsere Stadt Hamburg“ informiert.

Der Kongress, an dem über 300 Gäste teilnahmen, wurde in enger Zusammenarbeit mit zahlreichen KooperationspartnerInnen vorbereitet und durchgeführt.

Abschließend möchte ich wesentliche Erkenntnisse, die ich aus dem Kongress gewonnen habe, darstellen.

Der Stellenwert der Migrantenökonomie für die Stadt Hamburg – insbesondere für Beschäftigung, Ausbildung und Stadtteilentwicklung – wurde verdeutlicht. Eine wichtige Rolle wird in Zukunft der Verzahnung von Instrumenten der Wirtschaftsförderung sowie Arbeitsmarkt- und Stadtteilentwicklung zugesprochen. In den Stadtteilen sollten Ausbau und Verfestigung von niedrigschwelligen Informationen, Beratungsangeboten und Qualifizierungsmaßnahmen erfolgen.

Der Kongress „migration@work II“ wurde im Wesentlichen von MigrantInnen mitgestaltet. Es

ist uns gelungen viele Migrantenselbstorganisationen und MigrantInnen für die Teilnahme an dem Kongress zu gewinnen. Das zeigt, dass Menschen mit Migrationshintergrund aktiv werden und die Zukunft unserer Stadt Hamburg aktiv mitgestalten möchten.

Das Besondere an dem Kongress war, dass nicht über MigrantInnen und ihre Defizite sondern mit MigrantInnen und über ihre Erfolge und Potenziale gesprochen wurde. Daraus wurden Handlungsempfehlungen abgeleitet, mit dem Ziel dort anzusetzen, wo Handlungsbedarf besteht.

Die Handlungsempfehlungen werden nicht als Dokumentation in einer Schublade abgelegt, sondern sie werden von uns an Behörden und weitere Akteure weitergetragen. Die Behörde für Familie, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz hat bspw. die ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen mit dem Ziel, sie mit dem Hamburger Integrationskonzept abzugleichen, bereits aufgegriffen. Am 29.06.07 wurden sie bei der Informationsveranstaltung zur Integration von Zuwanderern vorgestellt, weitere Gespräche wurden vereinbart. Auch andere Behör-



den und Stadtteilakteure haben Gesprächsbedarf signalisiert. Für Unternehmer ohne Grenzen e.V. und für unsere KooperationspartnerInnen ist es ein großer Erfolg. Die Handlungsempfehlungen finden Gehör und werden bei Entscheidungen in unserer Stadt Hamburg berücksichtigt.

Ich wurde bereits von mehreren TeilnehmerInnen auf den Kongress „migration@work III“ angesprochen. Die Zeit wird zeigen, wie die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden. Es macht Sinn sich in einiger Zeit wieder zusammenzufinden und eine Bestandanalyse zu machen, von Best Praxis Beispielen zu lernen und unseren Austausch fortzusetzen. Wir haben noch viel vor, wir müssen es nur gemeinsam anpacken!

Auf Ihre Anmerkungen und Kritik freue ich mich!

Ihr Kazım Abacı

IMPRESSUM

Herausgeber

Unternehmer ohne Grenzen e.V.

Neuer Kamp 30

20357 Hamburg

Tel. 040-431 830 63

Fax 040-431 900 69

info@unternehmer-ohne-grenzen.de

www.unternehmer-ohne-grenzen.de

Redaktion

Liubov Kuchenbecker, Kazim Abacı (Unternehmer ohne Grenzen e.V.)

Umschlag- und Innengestaltung

Christiane Daniels, gestaltungsreich

Fotos

Sven Gellert (Umschlag),

Unternehmer ohne Grenzen e.V. (Innen),

Renata Kamila Partyka (Seite 12 rechtes Bild)

Juli 2007

Die Dokumentation ist auch als Pdf erhältlich.

migration@work II

Kongress "Meine Stadt - Unsere Stadt" Hamburg

Veranstalter

Unternehmer ohne Grenzen e.V.

Kooperationspartner

- Alevitisches Kulturzentrum Hamburg e.V.
- Arbeitsagentur Hamburg
- Arbeitslosen-Telefonhilfe e.V.
- ASK Hassenstein + Pfadt GmbH (Architektur Stadterneuerung Kommunale Planung)
- ATU e.V. (Arbeitsgemeinschaft türkischer Unternehmer und Existenzgründer e.V.)
- basis & woge e.V.
- BQM (Beratungs- und Koordinierungsstelle zur beruflichen Qualifizierung von jungen Migrantinnen und Migranten)
- BI (Bürgerinitiative ausländ. Arbeitnehmer e.V.)
- Billenetz
- Bürgerhaus Wilhelmsburg
- DAKH e.V. (Deutsch-Aserbaidzhanischer Kulturverein Hamburg e.V.)
- DDG e.V. (Arbeitsgemeinschaft Diabetes und Migranten e.V.)
- DGB (Arbeitsmarktpolitische Integration junger MigrantInnen)
- Diakonisches Werk Hamburg
- DPG e.V. (Deutsch-Polnische Gesellschaft Hamburg e.V.)
- Entwicklungspartnerschaft NOBI (Norddeutsches Netzwerk zur beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten)
- Entwicklungspartnerschaft Zug um Zug
- Evers & Jung
- Handelskammer Hamburg
- Handwerkskammer Hamburg
- H.E.I. (Hamburger Initiative für Existenzgründungen und Innovationen)
- HVDaR (Hamburger Verein der Deutschen aus Russland e.V.)
- iMiR (Institut für Migrations- und Rassismusbeforschung)
- INBAS GmbH, Jobstarter - Regionalbüro Nord
- Internationale Bauausstellung IBA Hamburg GmbH
- IKB e.V. (Interkulturelle Begegnungsstätte e.V.)
- Jobstarter/KAUSA (Koordinierungsstelle - Ausbildung in ausländischen Unternehmen)
- KULTURBRÜCKE HAMBURG e.V.
- Lawaetz-Stiftung
- MiMi-Gesundheitsprojekt des KIFAZ Schnelsen
- Mittelstandsförderinstitut/Innovationsstiftung Hamburg
- Netzwerk interkulturelle Medien Hamburg
- Rackow gGmbH
- Stadtbau Hamburg (Stadtentwicklungsgesellschaft mbH)
- Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.
- TuTech Innovation GmbH
- UVNord (Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e.V.)
- Wilhelmsburger Türkischer Elternbund e.V.

Gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, den Europäischen Sozialfonds und die Freie und Hansestadt Hamburg.



Mit finanzieller Unterstützung von:

